

Prova A56_2_SUP

Strumento musicale nella scuola secondaria di I grado (PIANOFORTE, OBOE, PERCUSSIONI, CHITARRA)

Domande a risposta aperta

Quesito 1 - Il candidato esponga le metodologie di insegnamento dello strumento musicale nella scuola secondaria di primo grado con studenti non in possesso di precedenti competenze musicali e strumentali di base.

Quesito 2 - Il candidato descriva le tecniche d'insegnamento da utilizzare per facilitare l'apprendimento della lettura musicale durante lo studio dello strumento musicale nella scuola secondaria di primo grado.

Quesito 3 - Il candidato esponga i criteri metodologici per l'accrescimento della sensibilità e della personalità nell'esecuzione musicale, attraverso lo studio e l'interpretazione dei brani con lo strumento musicale nella scuola secondaria di primo grado.

Quesito 4 - Il candidato illustri le metodologie che favoriscono l'approfondimento dello studio del ritmo e della dinamica, attraverso la pratica dello strumento musicale nella scuola secondaria di primo grado.

Quesito 5 - Il candidato illustri le metodologie e le tecniche più adatte per l'allievo nell'affrontare la prassi esecutiva in pubblico in relazione ai programmi della scuola secondaria di primo grado.

Quesito 6 - Il candidato illustri quali sono i generi e i repertori europei ed extraeuropei in grado di favorire l'integrazione di allievi di diverse culture, attraverso lo studio dello strumento musicale nella scuola secondaria di primo grado.

Domande a risposta multipla - DE

Quesito 7 Domanda A - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Voraussetzungen zur Einbürgerung

Ist man nicht mit der Geburt Deutsche oder Deutscher, haben Personen einen Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn sie die folgenden Voraussetzungen erfüllen:

- *Sie verfügen über ein unbefristetes Aufenthaltsrecht in Deutschland*
- *Sie leben seit mindestens acht Jahren gewöhnlich und rechtmäßig in Deutschland*
- *Sie sichern für sich und ihre Familienangehörige ohne Sozialhilfe und Arbeitslosengeld den Lebensunterhalt*
- *Sie verfügen über ausreichende Deutschkenntnisse*
- *Sie haben einen Einbürgerungstest über die deutsche Rechts- und Gesellschaftsordnung bestanden*
- *Sie sind nicht wegen einer Straftat verurteilt*
- *Sie bekennen sich zum deutschen Grundgesetz*
- *Sie haben ihre alte Staatsangehörigkeit verloren oder geben sie auf*

Von diesen Voraussetzungen gibt es Ausnahmen. Eine ist die Verkürzung der Lebenszeit in Deutschland von acht auf sieben Jahre, wenn ein Integrationskurs erfolgreich abgeschlossen wurde. Verfügt eine Person über

besonders gute Deutschkenntnisse oder ist seit Jahren in Deutschland ehrenamtlich bei einer gemeinnützigen Organisation engagiert, verkürzt sich die Anzahl der gewöhnlich und rechtmäßig in Deutschland verbrachten Jahre auf sechs. Auch bei der Sozialhilfe bzw. dem Arbeitslosengeld sind Ausnahmen möglich, z.B. dann, wenn die Arbeitslosigkeit durch eine betriebsbedingte Kündigung eingetreten ist. Außerdem fallen Bezüge während der Schul- und Ausbildungszeit sowie während eines Studiums nicht unter diese Regelung.

Die mit dem Antrag auf Einbürgerung nachgewiesenen ausreichenden Deutschkenntnisse bezeichnen die Fähigkeit, sich in der deutschen Sprache mündlich und schriftlich nach dem B1-Niveau des Europäischen Referenzrahmens auszudrücken. Der Antragssteller kann seine Sprachkenntnisse in den folgenden Formen nachweisen:

- Erfolgreiche Teilnahme an einem Sprachkurs im Rahmen des Integrationskurses
- Das Zertifikat Deutsch oder andere Sprachdiplome
- Erfolgreicher mindestens vierjähriger Besuch einer deutschsprachigen Schule
- Ein erfolgreicher Hauptschul- oder Realschulabschluss oder Abitur
- Nachweis über die Versetzung in die zehnte Klasse einer weiterführenden deutschsprachigen Schule
- Abgeschlossene deutschsprachige Berufsausbildung
- Abgeschlossenes Studium an einer deutschsprachigen (Fach-)Hochschule.

Neben der gewöhnlichen Einbürgerung gibt es auch die Ermessungseinbürgerung. Sie erfolgt normalerweise auch nach acht Jahren, kann sich aber verkürzen, wenn die Einbürgerung in einem besonderen öffentlichen Interesse liegt, dies ist insbesondere bei Spitzensportlern der Fall. Eine erleichterte Einbürgerung trifft auch andere Personengruppen, z.B. Familienangehörige von AusländerInnen mit Anspruch auf Einbürgerung, UnionsbürgerInnen und Staatenlose.

Aus: <http://www.bundesauslaenderbeauftragte.de/einbuengerung.html> [12.03.2017]

Personen, die nicht von Geburt Deutsche oder Deutscher sind und nicht alle acht Voraussetzungen für den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft erfüllen, haben dann einen Anspruch auf die deutsche Staatsbürgerschaft, ...

- ... wenn sie eine feste Arbeitsstelle, einen Wohnsitz und einfache Deutschkenntnisse nachweisen können.
- ... wenn sie über das Mittelmeer oder die Balkanroute nach Deutschland gekommen sind und nicht mehr in ihr Heimatland zurückkehren können.
- ... wenn sie Sozialhilfe beantragt haben und Unterstützung erhalten, weil sie mit ihren Verwandten im Heimatland keinen Kontakt mehr haben.
- ... wenn sie sehr gut Deutsch können, sich erfolgreich um Integration bemüht haben oder sich ehrenamtlich in Deutschland engagieren.

Quesito 7 Domanda B - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Voraussetzungen zur Einbürgerung

Ist man nicht mit der Geburt Deutsche oder Deutscher, haben Personen einen Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn sie die folgenden Voraussetzungen erfüllen:

- Sie verfügen über ein unbefristetes Aufenthaltsrecht in Deutschland
- Sie leben seit mindestens acht Jahren gewöhnlich und rechtmäßig in Deutschland
- Sie sichern für sich und ihre Familienangehörige ohne Sozialhilfe und Arbeitslosengeld den Lebensunterhalt
- Sie verfügen über ausreichende Deutschkenntnisse

- Sie haben einen Einbürgerungstest über die deutsche Rechts- und Gesellschaftsordnung bestanden
- Sie sind nicht wegen einer Straftat verurteilt
- Sie bekennen sich zum deutschen Grundgesetz
- Sie haben ihre alte Staatsangehörigkeit verloren oder geben sie auf

Von diesen Voraussetzungen gibt es Ausnahmen. Eine ist die Verkürzung der Lebenszeit in Deutschland von acht auf sieben Jahre, wenn ein Integrationskurs erfolgreich abgeschlossen wurde. Verfügt eine Person über besonders gute Deutschkenntnisse oder ist seit Jahren in Deutschland ehrenamtlich bei einer gemeinnützigen Organisation engagiert, verkürzt sich die Anzahl der gewöhnlich und rechtmäßig in Deutschland verbrachten Jahre auf sechs. Auch bei der Sozialhilfe bzw. dem Arbeitslosengeld sind Ausnahmen möglich, z.B. dann, wenn die Arbeitslosigkeit durch eine betriebsbedingte Kündigung eingetreten ist. Außerdem fallen Bezüge während der Schul- und Ausbildungszeit sowie während eines Studiums nicht unter diese Regelung.

Die mit dem Antrag auf Einbürgerung nachgewiesenen ausreichenden Deutschkenntnisse bezeichnen die Fähigkeit, sich in der deutschen Sprache mündlich und schriftlich nach dem B1-Niveau des Europäischen Referenzrahmens auszudrücken. Der Antragssteller kann seine Sprachkenntnisse in den folgenden Formen nachweisen:

- Erfolgreiche Teilnahme an einem Sprachkurs im Rahmen des Integrationskurses
- Das Zertifikat Deutsch oder andere Sprachdiplome
- Erfolgreicher mindestens vierjähriger Besuch einer deutschsprachigen Schule
- Ein erfolgreicher Hauptschul- oder Realschulabschluss oder Abitur
- Nachweis über die Versetzung in die zehnte Klasse einer weiterführenden deutschsprachigen Schule
- Abgeschlossene deutschsprachige Berufsausbildung
- Abgeschlossenes Studium an einer deutschsprachigen (Fach-)Hochschule.

Neben der gewöhnlichen Einbürgerung gibt es auch die Ermessungseinbürgerung. Sie erfolgt normalerweise auch nach acht Jahren, kann sich aber verkürzen, wenn die Einbürgerung in einem besonderen öffentlichen Interesse liegt, dies ist insbesondere bei Spitzensportlern der Fall. Eine erleichterte Einbürgerung trifft auch andere Personengruppen, z.B. Familienangehörige von AusländerInnen mit Anspruch auf Einbürgerung, UnionsbürgerInnen und Staatenlose.

Aus: <http://www.bundesauslaenderbeauftragte.de/einbuengerung.html> [12.03.2017]

Wer ohne eigene Schuld seine Arbeitsstelle verloren hat, ...

- ... muss Deutschland wieder verlassen.
- ... kann Deutsche oder Deutscher werden, wenn er oder sie die anderen Voraussetzungen erfüllt.
- ... wird auch nach acht Jahren Aufenthalt in Deutschland nicht eingebürgert.
- ... kann die deutsche Staatsbürgerschaft nicht erhalten.

Quesito 7 Domanda C - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Voraussetzungen zur Einbürgerung

Ist man nicht mit der Geburt Deutsche oder Deutscher, haben Personen einen Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn sie die folgenden Voraussetzungen erfüllen:

- Sie verfügen über ein unbefristetes Aufenthaltsrecht in Deutschland
- Sie leben seit mindestens acht Jahren gewöhnlich und rechtmäßig in Deutschland

- Sie sichern für sich und ihre Familienangehörige ohne Sozialhilfe und Arbeitslosengeld den Lebensunterhalt
- Sie verfügen über ausreichende Deutschkenntnisse
- Sie haben einen Einbürgerungstest über die deutsche Rechts- und Gesellschaftsordnung bestanden
- Sie sind nicht wegen einer Straftat verurteilt
- Sie bekennen sich zum deutschen Grundgesetz
- Sie haben ihre alte Staatsangehörigkeit verloren oder geben sie auf

Von diesen Voraussetzungen gibt es Ausnahmen. Eine ist die Verkürzung der Lebenszeit in Deutschland von acht auf sieben Jahre, wenn ein Integrationskurs erfolgreich abgeschlossen wurde. Verfügt eine Person über besonders gute Deutschkenntnisse oder ist seit Jahren in Deutschland ehrenamtlich bei einer gemeinnützigen Organisation engagiert, verkürzt sich die Anzahl der gewöhnlich und rechtmäßig in Deutschland verbrachten Jahre auf sechs. Auch bei der Sozialhilfe bzw. dem Arbeitslosengeld sind Ausnahmen möglich, z.B. dann, wenn die Arbeitslosigkeit durch eine betriebsbedingte Kündigung eingetreten ist. Außerdem fallen Bezüge während der Schul- und Ausbildungszeit sowie während eines Studiums nicht unter diese Regelung.

Die mit dem Antrag auf Einbürgerung nachgewiesenen ausreichenden Deutschkenntnisse bezeichnen die Fähigkeit, sich in der deutschen Sprache mündlich und schriftlich nach dem B1-Niveau des Europäischen Referenzrahmens auszudrücken. Der Antragssteller kann seine Sprachkenntnisse in den folgenden Formen nachweisen:

- Erfolgreiche Teilnahme an einem Sprachkurs im Rahmen des Integrationskurses
- Das Zertifikat Deutsch oder andere Sprachdiplome
- Erfolgreicher mindestens vierjähriger Besuch einer deutschsprachigen Schule
- Ein erfolgreicher Hauptschul- oder Realschulabschluss oder Abitur
- Nachweis über die Versetzung in die zehnte Klasse einer weiterführenden deutschsprachigen Schule
- Abgeschlossene deutschsprachige Berufsausbildung
- Abgeschlossenes Studium an einer deutschsprachigen (Fach-)Hochschule.

Neben der gewöhnlichen Einbürgerung gibt es auch die Ermessungseinbürgerung. Sie erfolgt normalerweise auch nach acht Jahren, kann sich aber verkürzen, wenn die Einbürgerung in einem besonderen öffentlichen Interesse liegt, dies ist insbesondere bei Spitzensportlern der Fall. Eine erleichterte Einbürgerung trifft auch andere Personengruppen, z.B. Familienangehörige von AusländerInnen mit Anspruch auf Einbürgerung, UnionsbürgerInnen und Staatenlose.

Aus: <http://www.bundesauslaenderbeauftragte.de/einbuengerung.html> [12.03.2017]

Ausreichende Deutschkenntnisse nachzuweisen, bedeutet ...

- ... sich in Deutschland irgendwie durchzuschlagen.
- ... am Tag vor der Einbürgerung eine Sprachprüfung zu bestehen.
- ... den Dialekt der Region, in der man lebt, zu verstehen und zu sprechen.
- ... über mündliche und schriftliche Kompetenzen auf dem Niveau B1 des Europäischen Referenzrahmens nachweisbar zu verfügen.

Quesito 7 Domanda D - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Voraussetzungen zur Einbürgerung

Ist man nicht mit der Geburt Deutsche oder Deutscher, haben Personen einen Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn sie die folgenden Voraussetzungen erfüllen:

- Sie verfügen über ein unbefristetes Aufenthaltsrecht in Deutschland
- Sie leben seit mindestens acht Jahren gewöhnlich und rechtmäßig in Deutschland
- Sie sichern für sich und ihre Familienangehörige ohne Sozialhilfe und Arbeitslosengeld den Lebensunterhalt
- Sie verfügen über ausreichende Deutschkenntnisse
- Sie haben einen Einbürgerungstest über die deutsche Rechts- und Gesellschaftsordnung bestanden
- Sie sind nicht wegen einer Straftat verurteilt
- Sie bekennen sich zum deutschen Grundgesetz
- Sie haben ihre alte Staatsangehörigkeit verloren oder geben sie auf

Von diesen Voraussetzungen gibt es Ausnahmen. Eine ist die Verkürzung der Lebenszeit in Deutschland von acht auf sieben Jahre, wenn ein Integrationskurs erfolgreich abgeschlossen wurde. Verfügt eine Person über besonders gute Deutschkenntnisse oder ist seit Jahren in Deutschland ehrenamtlich bei einer gemeinnützigen Organisation engagiert, verkürzt sich die Anzahl der gewöhnlich und rechtmäßig in Deutschland verbrachten Jahre auf sechs. Auch bei der Sozialhilfe bzw. dem Arbeitslosengeld sind Ausnahmen möglich, z.B. dann, wenn die Arbeitslosigkeit durch eine betriebsbedingte Kündigung eingetreten ist. Außerdem fallen Bezüge während der Schul- und Ausbildungszeit sowie während eines Studiums nicht unter diese Regelung.

Die mit dem Antrag auf Einbürgerung nachgewiesenen ausreichenden Deutschkenntnisse bezeichnen die Fähigkeit, sich in der deutschen Sprache mündlich und schriftlich nach dem B1-Niveau des Europäischen Referenzrahmens auszudrücken. Der Antragssteller kann seine Sprachkenntnisse in den folgenden Formen nachweisen:

- Erfolgreiche Teilnahme an einem Sprachkurs im Rahmen des Integrationskurses
- Das Zertifikat Deutsch oder andere Sprachdiplome
- Erfolgreicher mindestens vierjähriger Besuch einer deutschsprachigen Schule
- Ein erfolgreicher Hauptschul- oder Realschulabschluss oder Abitur
- Nachweis über die Versetzung in die zehnte Klasse einer weiterführenden deutschsprachigen Schule
- Abgeschlossene deutschsprachige Berufsausbildung
- Abgeschlossenes Studium an einer deutschsprachigen (Fach-)Hochschule.

Neben der gewöhnlichen Einbürgerung gibt es auch die Ermessungseinbürgerung. Sie erfolgt normalerweise auch nach acht Jahren, kann sich aber verkürzen, wenn die Einbürgerung in einem besonderen öffentlichen Interesse liegt, dies ist insbesondere bei Spitzensportlern der Fall. Eine erleichterte Einbürgerung trifft auch andere Personengruppen, z.B. Familienangehörige von AusländerInnen mit Anspruch auf Einbürgerung, UnionsbürgerInnen und Staatenlose.

Aus: <http://www.bundesauslaenderbeauftragte.de/einbuengerung.html> [12.03.2017]

Der Nachweis der Sprachkenntnisse ...

- ... erfolgt nur durch das Zertifikat B1 des Goethe-Instituts.
- ... kann auf verschiedene Weise erfolgen.
- ... erfolgt für alle Bewerberinnen und Bewerber einheitlich.
- ... ist eigentlich eine Lappalie.

Quesito 7 Domanda E - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Voraussetzungen zur Einbürgerung

Ist man nicht mit der Geburt Deutsche oder Deutscher, haben Personen einen Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn sie die folgenden Voraussetzungen erfüllen:

- *Sie verfügen über ein unbefristetes Aufenthaltsrecht in Deutschland*
- *Sie leben seit mindestens acht Jahren gewöhnlich und rechtmäßig in Deutschland*
- *Sie sichern für sich und ihre Familienangehörige ohne Sozialhilfe und Arbeitslosengeld den Lebensunterhalt*
- *Sie verfügen über ausreichende Deutschkenntnisse*
- *Sie haben einen Einbürgerungstest über die deutsche Rechts- und Gesellschaftsordnung bestanden*
- *Sie sind nicht wegen einer Straftat verurteilt*
- *Sie bekennen sich zum deutschen Grundgesetz*
- *Sie haben ihre alte Staatsangehörigkeit verloren oder geben sie auf*

Von diesen Voraussetzungen gibt es Ausnahmen. Eine ist die Verkürzung der Lebenszeit in Deutschland von acht auf sieben Jahre, wenn ein Integrationskurs erfolgreich abgeschlossen wurde. Verfügt eine Person über besonders gute Deutschkenntnisse oder ist seit Jahren in Deutschland ehrenamtlich bei einer gemeinnützigen Organisation engagiert, verkürzt sich die Anzahl der gewöhnlich und rechtmäßig in Deutschland verbrachten Jahre auf sechs. Auch bei der Sozialhilfe bzw. dem Arbeitslosengeld sind Ausnahmen möglich, z.B. dann, wenn die Arbeitslosigkeit durch eine betriebsbedingte Kündigung eingetreten ist. Außerdem fallen Bezüge während der Schul- und Ausbildungszeit sowie während eines Studiums nicht unter diese Regelung.

Die mit dem Antrag auf Einbürgerung nachgewiesenen ausreichenden Deutschkenntnisse bezeichnen die Fähigkeit, sich in der deutschen Sprache mündlich und schriftlich nach dem B1-Niveau des Europäischen Referenzrahmens auszudrücken. Der Antragssteller kann seine Sprachkenntnisse in den folgenden Formen nachweisen:

- *Erfolgreiche Teilnahme an einem Sprachkurs im Rahmen des Integrationskurses*
- *Das Zertifikat Deutsch oder andere Sprachdiplome*
- *Erfolgreicher mindestens vierjähriger Besuch einer deutschsprachigen Schule*
- *Ein erfolgreicher Hauptschul- oder Realschulabschluss oder Abitur*
- *Nachweis über die Versetzung in die zehnte Klasse einer weiterführenden deutschsprachigen Schule*
- *Abgeschlossene deutschsprachige Berufsausbildung*
- *Abgeschlossenes Studium an einer deutschsprachigen (Fach-)Hochschule.*

Neben der gewöhnlichen Einbürgerung gibt es auch die Ermessungseinbürgerung. Sie erfolgt normalerweise auch nach acht Jahren, kann sich aber verkürzen, wenn die Einbürgerung in einem besonderen öffentlichen Interesse liegt, dies ist insbesondere bei Spitzensportlern der Fall. Eine erleichterte Einbürgerung trifft auch andere Personengruppen, z.B. Familienangehörige von AusländerInnen mit Anspruch auf Einbürgerung, UnionsbürgerInnen und Staatenlose.

Aus: <http://www.bundesauslaenderbeauftragte.de/einbuengerung.html> [12.03.2017]

Was ist unter dem Begriff „Ermessenseinbürgerung“ zu verstehen?

- a) „Ermessenseinbürgerung“ ist ein Euphemismus für die Bevorzugung von EU-BürgerInnen bei der Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft.
- b) Zur „Ermesseneinbürgerung“ sind nur die Beamten des Bundes befähigt.
- c) Unter „Ermessenseinbürgerung“ versteht man in Deutschland, dass es keinerlei Ausnahmen von den gültigen Regeln gibt.
- d) Die „Ermessenseinbürgerung“ ist eine erleichterte Einbürgerung, die Menschen von besonderer Bedeutung für Deutschland gewährt wird.

Quesito 8 Domanda A - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Deutschland und der Doppelpass

von Volker Pabst / Neue Zürcher Zeitung vom 28.3.2014, 15:05 Uhr

Ein Gesetzesentwurf soll die Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft ausweiten. Die Frage spaltet in Deutschland weiterhin die Geister.

Reformen bringen in Deutschland nur selten eine Vereinfachung hervor. Auch ein nun von der grossen Koalition gefundener Kompromiss zur doppelten Staatsbürgerschaft macht eine bereits umständliche Regelung noch umständlicher. Bis anhin galt, dass in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern in ihrer Jugend Anrecht auf beide Pässe haben, sich aber spätestens bis zum 23. Geburtstag für eine der beiden Staatsbürgerschaften entscheiden müssen. Laut einem Gesetzesentwurf der Koalitionsparteien sollen neu jene Personen, die bis zu ihrem 21. Geburtstag mindestens acht Jahre in Deutschland gelebt haben oder mindestens sechs Jahre die Schule besucht haben, von der sogenannten Optionspflicht ausgenommen werden und auf Dauer zwei Pässe behalten dürfen.

Dominierendes Blutsrecht

Zu einer prinzipiellen Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft, wie sie die meisten europäischen Länder, auch die Schweiz, kennen, hat sich aber auch die neue Regierung nicht durchgerungen. Der Doppelpass stellt in breiten Kreisen der deutschen Bevölkerung immer noch ein rotes Tuch dar. Gerhard Schröders SPD hatte im Wahlkampf zur Bundestagswahl 1998 eine weitreichende Reform des – in seinen Grundzügen seit der Kaiserzeit geltenden – Staatsbürgerschaftsrechts versprochen. Kurz nach Schröders Wahlsieg lancierten die Unionsparteien eine landesweite Unterschriftensammlung gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, an der sich mehr als fünf Millionen Bürger beteiligten. Nachdem die CDU 1999 die stark vom Thema geprägte Landtagswahl in Hessen gewonnen hatte, krebste die neue rot-grüne Regierung mit ihren Reformplänen zurück. Als Kompromiss wurde das erwähnte Optionsmodell eingeführt.

Gegen die doppelte Staatsbürgerschaft werden zahlreiche Gründe angeführt. Letztlich spiegelt der Widerstand aber vor allem die Sorge wider, dass durch erleichterte Einbürgerungsbedingungen zu viele Ausländer Deutsche würden, die sich ihrem Herkunftsland stärker verpflichtet fühlen als Deutschland. Wie oft bei Diskussionen um das Ausländerthema in Deutschland steht dabei insbesondere die grosse türkischstämmige Gemeinde im Fokus. Mit EU-Staaten – und der Schweiz – ist bereits seit einigen Jahren die doppelte Staatsbürgerschaft möglich. [...]

Aus: <https://www.nzz.ch/deutschland-und-der-doppelpass-1.18272770> [21.03.2017]

Aus der Sicht des Schweizer Journalisten ...

- a) ... ist die deutsche Doppelpassregelung sehr einfach zu handhaben.
- b) ... ist der Kompromiss, den die große Koalition im Jahr 2014 gefunden hat, eine vernünftige Lösung.
- c) ... führen Reformen in Deutschland zur Komplizierung von Regelungen.
- d) ... sollten die Deutschen ihre Regelung zur Anerkennung einer doppelten Staatsbürgerschaft zurücknehmen.

Quesito 8 Domanda B - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Deutschland und der Doppelpass

von Volker Pabst / Neue Zürcher Zeitung vom 28.3.2014, 15:05 Uhr

Ein Gesetzesentwurf soll die Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft ausweiten. Die Frage spaltet in Deutschland weiterhin die Geister.

Reformen bringen in Deutschland nur selten eine Vereinfachung hervor. Auch ein nun von der grossen Koalition gefundener Kompromiss zur doppelten Staatsbürgerschaft macht eine bereits umständliche Regelung noch umständlicher. Bis anhin galt, dass in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern in ihrer Jugend Anrecht auf beide Pässe haben, sich aber spätestens bis zum 23. Geburtstag für eine der beiden Staatsbürgerschaften entscheiden müssen. Laut einem Gesetzesentwurf der Koalitionsparteien sollen neu jene Personen, die bis zu ihrem 21. Geburtstag mindestens acht Jahre in Deutschland gelebt haben oder mindestens sechs Jahre die Schule besucht haben, von der sogenannten Optionspflicht ausgenommen werden und auf Dauer zwei Pässe behalten dürfen.

Dominierendes Blutsrecht

Zu einer prinzipiellen Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft, wie sie die meisten europäischen Länder, auch die Schweiz, kennen, hat sich aber auch die neue Regierung nicht durchgerungen. Der Doppelpass stellt in breiten Kreisen der deutschen Bevölkerung immer noch ein rotes Tuch dar. Gerhard Schröders SPD hatte im Wahlkampf zur Bundestagswahl 1998 eine weitreichende Reform des – in seinen Grundzügen seit der Kaiserzeit geltenden – Staatsbürgerschaftsrechts versprochen. Kurz nach Schröders Wahlsieg lancierten die Unionsparteien eine landesweite Unterschriftensammlung gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, an der sich mehr als fünf Millionen Bürger beteiligten. Nachdem die CDU 1999 die stark vom Thema geprägte Landtagswahl in Hessen gewonnen hatte, krebste die neue rot-grüne Regierung mit ihren Reformplänen zurück. Als Kompromiss wurde das erwähnte Optionsmodell eingeführt.

Gegen die doppelte Staatsbürgerschaft werden zahlreiche Gründe angeführt. Letztlich spiegelt der Widerstand aber vor allem die Sorge wider, dass durch erleichterte Einbürgerungsbedingungen zu viele Ausländer Deutsche würden, die sich ihrem Herkunftsland stärker verpflichtet fühlen als Deutschland. Wie oft bei Diskussionen um das Ausländerthema in Deutschland steht dabei insbesondere die grosse türkischstämmige Gemeinde im Fokus. Mit EU-Staaten – und der Schweiz – ist bereits seit einigen Jahren die doppelte Staatsbürgerschaft möglich. [...]

Aus: <https://www.nzz.ch/deutschland-und-der-doppelpass-1.18272770> [21.03.2017]

Welche Neuerung beinhaltet der Kompromiss der großen Koalition?

- a) Nur wer in Deutschland einen Schulabschluss nachweisen kann, kann die deutsche Staatsbürgerschaft behalten.
- b) Noch vor ihrem 21. Geburtstag müssen sich die in Deutschland geborenen Kinder von AusländerInnen für eine Staatsbürgerschaft entscheiden.
- c) Wer sich bis zum 21. Geburtstag nicht für die deutsche Staatsbürgerschaft entschieden hat, verliert sie für immer.
- d) Wer vor der Vollendung des 21. Lebensjahrs acht Jahre in Deutschland gelebt oder sechs Jahre in die Schule gegangen ist, muss sich nicht für eine einzige Staatsbürgerschaft entscheiden.

Quesito 8 Domanda C - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage

des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Deutschland und der Doppelpass

von Volker Pabst / Neue Zürcher Zeitung vom 28.3.2014, 15:05 Uhr

Ein Gesetzesentwurf soll die Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft ausweiten. Die Frage spaltet in Deutschland weiterhin die Geister.

Reformen bringen in Deutschland nur selten eine Vereinfachung hervor. Auch ein nun von der grossen Koalition gefundener Kompromiss zur doppelten Staatsbürgerschaft macht eine bereits umständliche Regelung noch umständlicher. Bis anhin galt, dass in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern in ihrer Jugend Anrecht auf beide Pässe haben, sich aber spätestens bis zum 23. Geburtstag für eine der beiden Staatsbürgerschaften entscheiden müssen. Laut einem Gesetzesentwurf der Koalitionsparteien sollen neu jene Personen, die bis zu ihrem 21. Geburtstag mindestens acht Jahre in Deutschland gelebt haben oder mindestens sechs Jahre die Schule besucht haben, von der sogenannten Optionspflicht ausgenommen werden und auf Dauer zwei Pässe behalten dürfen.

Dominierendes Blutsrecht

Zu einer prinzipiellen Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft, wie sie die meisten europäischen Länder, auch die Schweiz, kennen, hat sich aber auch die neue Regierung nicht durchgerungen. Der Doppelpass stellt in breiten Kreisen der deutschen Bevölkerung immer noch ein rotes Tuch dar. Gerhard Schröders SPD hatte im Wahlkampf zur Bundestagswahl 1998 eine weitreichende Reform des – in seinen Grundzügen seit der Kaiserzeit geltenden – Staatsbürgerschaftsrechts versprochen. Kurz nach Schröders Wahlsieg lancierten die Unionsparteien eine landesweite Unterschriftensammlung gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, an der sich mehr als fünf Millionen Bürger beteiligten. Nachdem die CDU 1999 die stark vom Thema geprägte Landtagswahl in Hessen gewonnen hatte, krebste die neue rot-grüne Regierung mit ihren Reformplänen zurück. Als Kompromiss wurde das erwähnte Optionsmodell eingeführt.

Gegen die doppelte Staatsbürgerschaft werden zahlreiche Gründe angeführt. Letztlich spiegelt der Widerstand aber vor allem die Sorge wider, dass durch erleichterte Einbürgerungsbedingungen zu viele Ausländer Deutsche würden, die sich ihrem Herkunftsland stärker verpflichtet fühlen als Deutschland. Wie oft bei Diskussionen um das Ausländerthema in Deutschland steht dabei insbesondere die grosse türkischstämmige Gemeinde im Fokus. Mit EU-Staaten – und der Schweiz – ist bereits seit einigen Jahren die doppelte Staatsbürgerschaft möglich. [...]

Aus: <https://www.nzz.ch/deutschland-und-der-doppelpass-1.18272770> [21.03.2017]

Weshalb gibt es im Deutschland des Jahres 2014 keine prinzipielle Zustimmung zur doppelten Staatsbürgerschaft?

- a) Die Unionsparteien können sich mit ihrem Modell der doppelten Staatsbürgerschaft nicht durchsetzen.
- b) Die Parteien können sich nicht einigen.
- c) Die Sozialdemokraten wollen das aus dem 19. Jahrhundert stammende Gesetz nicht wirklich ändern.
- d) Große Teile der Bevölkerung sind dagegen.

Quesito 8 Domanda D - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Deutschland und der Doppelpass

von Volker Pabst / Neue Zürcher Zeitung vom 28.3.2014, 15:05 Uhr

Ein Gesetzesentwurf soll die Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft ausweiten. Die Frage spaltet in Deutschland weiterhin die Geister.

Reformen bringen in Deutschland nur selten eine Vereinfachung hervor. Auch ein nun von der grossen Koalition gefundener Kompromiss zur doppelten Staatsbürgerschaft macht eine bereits umständliche Regelung noch umständlicher. Bis anhin galt, dass in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern in ihrer Jugend Anrecht auf beide Pässe haben, sich aber spätestens bis zum 23. Geburtstag für eine der beiden Staatsbürgerschaften entscheiden müssen. Laut einem Gesetzesentwurf der Koalitionsparteien sollen neu jene Personen, die bis zu ihrem 21. Geburtstag mindestens acht Jahre in Deutschland gelebt haben oder mindestens sechs Jahre die Schule besucht haben, von der sogenannten Optionspflicht ausgenommen werden und auf Dauer zwei Pässe behalten dürfen.

Dominierendes Blutsrecht

Zu einer prinzipiellen Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft, wie sie die meisten europäischen Länder, auch die Schweiz, kennen, hat sich aber auch die neue Regierung nicht durchgerungen. Der Doppelpass stellt in breiten Kreisen der deutschen Bevölkerung immer noch ein rotes Tuch dar. Gerhard Schröders SPD hatte im Wahlkampf zur Bundestagswahl 1998 eine weitreichende Reform des – in seinen Grundzügen seit der Kaiserzeit geltenden – Staatsbürgerschaftsrechts versprochen. Kurz nach Schröders Wahlsieg lancierten die Unionsparteien eine landesweite Unterschriftensammlung gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, an der sich mehr als fünf Millionen Bürger beteiligten. Nachdem die CDU 1999 die stark vom Thema geprägte Landtagswahl in Hessen gewonnen hatte, krebste die neue rot-grüne Regierung mit ihren Reformplänen zurück. Als Kompromiss wurde das erwähnte Optionsmodell eingeführt.

Gegen die doppelte Staatsbürgerschaft werden zahlreiche Gründe angeführt. Letztlich spiegelt der Widerstand aber vor allem die Sorge wider, dass durch erleichterte Einbürgerungsbedingungen zu viele Ausländer Deutsche würden, die sich ihrem Herkunftsland stärker verpflichtet fühlen als Deutschland. Wie oft bei Diskussionen um das Ausländerthema in Deutschland steht dabei insbesondere die grosse türkischstämmige Gemeinde im Fokus. Mit EU-Staaten – und der Schweiz – ist bereits seit einigen Jahren die doppelte Staatsbürgerschaft möglich. [...]

Aus: <https://www.nzz.ch/deutschland-und-der-doppelpass-1.18272770> [21.03.2017]

Welchen Grund vermutet der Journalist für die Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft durch die deutsche Bevölkerung?

- a) Die Deutschen sind Nationalisten.
- b) Für die Menschen in Deutschland ist es unvorstellbar, dass man zwei verschiedene Pässe hat.
- c) Die Deutschen bevorzugen einfache Regelungen und wollen die Probleme vermeiden, die sich aus der Praxis der doppelten Staatsbürgerschaft ergeben könnten.
- d) Die Deutschen befürchten, dass Ausländerinnen und Ausländer die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten könnten, die sich nicht eigentlich als Deutsche fühlen.

Quesito 8 Domanda E - Lesen Sie den folgenden Text und beantworten Sie ausschließlich auf der Grundlage des Textes die folgende Frage, indem Sie die richtige Antwort ankreuzen. Nur eine Antwort ist korrekt.

Deutschland und der Doppelpass

von Volker Pabst / Neue Zürcher Zeitung vom 28.3.2014, 15:05 Uhr

Ein Gesetzesentwurf soll die Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft ausweiten. Die Frage spaltet in Deutschland weiterhin die Geister.

Reformen bringen in Deutschland nur selten eine Vereinfachung hervor. Auch ein nun von der grossen Koalition gefundener Kompromiss zur doppelten Staatsbürgerschaft macht eine bereits umständliche Regelung noch umständlicher. Bis anhin galt, dass in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern in ihrer Jugend Anrecht auf beide Pässe haben, sich aber spätestens bis zum 23. Geburtstag für eine der beiden Staatsbürgerschaften entscheiden müssen. Laut einem Gesetzesentwurf der Koalitionsparteien sollen neu jene Personen, die bis zu ihrem 21. Geburtstag mindestens acht Jahre in Deutschland gelebt haben oder mindestens sechs Jahre die Schule besucht haben, von der sogenannten Optionspflicht ausgenommen werden und auf Dauer zwei Pässe behalten dürfen.

Dominierendes Blutsrecht

Zu einer prinzipiellen Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft, wie sie die meisten europäischen Länder, auch die Schweiz, kennen, hat sich aber auch die neue Regierung nicht durchgerungen. Der Doppelpass stellt in breiten Kreisen der deutschen Bevölkerung immer noch ein rotes Tuch dar. Gerhard Schröders SPD hatte im Wahlkampf zur Bundestagswahl 1998 eine weitreichende Reform des – in seinen Grundzügen seit der Kaiserzeit geltenden – Staatsbürgerschaftsrechts versprochen. Kurz nach Schröders Wahlsieg lancierten die Unionsparteien eine landesweite Unterschriftensammlung gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, an der sich mehr als fünf Millionen Bürger beteiligten. Nachdem die CDU 1999 die stark vom Thema geprägte Landtagswahl in Hessen gewonnen hatte, krebste die neue rot-grüne Regierung mit ihren Reformplänen zurück. Als Kompromiss wurde das erwähnte Optionsmodell eingeführt.

Gegen die doppelte Staatsbürgerschaft werden zahlreiche Gründe angeführt. Letztlich spiegelt der Widerstand aber vor allem die Sorge wider, dass durch erleichterte Einbürgerungsbedingungen zu viele Ausländer Deutsche würden, die sich ihrem Herkunftsland stärker verpflichtet fühlen als Deutschland. Wie oft bei Diskussionen um das Ausländerthema in Deutschland steht dabei insbesondere die grosse türkischstämmige Gemeinde im Fokus. Mit EU-Staaten – und der Schweiz – ist bereits seit einigen Jahren die doppelte Staatsbürgerschaft möglich. [...]

Aus: <https://www.nzz.ch/deutschland-und-der-doppelpass-1.18272770> [21.03.2017]

Welche Widersprüchlichkeit verbirgt sich in der deutschen Staatsbürgerschaftspraxis?

- a) Während die doppelte Staatsbürgerschaft in Deutschland für EU-BürgerInnen und SchweizerInnen möglich ist, wird sie für Migranten aus fernen Ländern und Kulturen kritisch betrachtet.
- b) Die Parteien möchten weder ihre Wählerinnen und Wähler verlieren, noch ihre Koalitionsoptionen.
- c) Die Deutschen möchten die Zuwanderung von Fachkräften fördern, aber die Menschen nicht wirklich integrieren.
- d) Menschen aus fremden Kulturen sind willkommen, aber sie sollen auch wieder gehen, wenn sie sich nicht anpassen wollen.

Domande a risposta multipla - EN

Quesito 7 Domanda A - -Choose the answer which fits best according to the text.

The Impacts and Experiences of Migrant Children in UK

A child's experience of migration is largely shaped by their experience of the education system, an experience that is palpably different to the experience of non-migrant children. Between the ages of five and sixteen children spend approximately 15,000 hours at school; this is as much time as they will spend awake out of school. An awareness of migrant children's experiences of school is an awareness of their experiences of much of life.

Migrant students are seen as overwhelming because they come with additional needs and are perceived as placing burdens on teachers as well as potentially lowering the academic achievements of the school. Being new in a school raises challenges for any child but the added element of being new in a country magnifies these challenges manifold. The need to learn English is a focus.

Studies find, however, that migrant children face many problems, including: finding new friends; dealing with loss and loneliness; adjusting to a new teacher and new school system (some children may never have been to school before); adjusting to a new cultural environment; trauma that may have occurred preceding, during and after migration; and racism or anti-immigration sentiments.

Migrant child who speaks English but may be dealing with several of these challenges would be given no official support in school.

Schools can be fraught places where community tensions are played out as diverse communities are forced together in 'cheek-by-jowl' relationships. Schools are bound by the Race Relations Amendment Act 2000 to: 'Eliminate unlawful racial discrimination and to promote equality of opportunity and good relations between people of different groups'. Schools are operating in a social climate that is often hostile to asylum seekers, to Islam and to migrants. Schools not only reflect wider society relations but can also affect them, acting as a focus for improving relations.

Excerpted from "The Impacts and Experiences of Migrant Children in UK Secondary Schools"
Working Paper No 4, 7 Grace Reynolds University of Sussex, February 2008

Migrant children's experiences of school

- a) are slightly different to the experience of non-migrant children
- b) significantly affect their life experiences
- c) account for just a small share of their time
- d) are uninfluenced by the education system

Quesito 7 Domanda B - -Choose the answer which fits best according to the text.

The Impacts and Experiences of Migrant Children in UK

A child's experience of migration is largely shaped by their experience of the education system, an experience that is palpably different to the experience of non-migrant children. Between the ages of five and sixteen children spend approximately 15,000 hours at school; this is as much time as they will spend awake out of school. An awareness of migrant children's experiences of school is an awareness of their experiences of much of life.

Migrant students are seen as overwhelming because they come with additional needs and are perceived as placing burdens on teachers as well as potentially lowering the academic achievements of the school. Being new in a school raises challenges for any child but the added element of being new in a country magnifies these

challenges manifold. The need to learn English is a focus.

Studies find, however, that migrant children face many problems, including: finding new friends; dealing with loss and loneliness; adjusting to a new teacher and new school system (some children may never have been to school before); adjusting to a new cultural environment; trauma that may have occurred preceding, during and after migration; and racism or anti-immigration sentiments.

Migrant child who speaks English but may be dealing with several of these challenges would be given no official support in school.

Schools can be fraught places where community tensions are played out as diverse communities are forced together in 'cheek-by-jowl' relationships. Schools are bound by the Race Relations Amendment Act 2000 to: 'Eliminate unlawful racial discrimination and to promote equality of opportunity and good relations between people of different groups'. Schools are operating in a social climate that is often hostile to asylum seekers, to Islam and to migrants. Schools not only reflect wider society relations but can also affect them, acting as a focus for improving relations.

Excerpted from "The Impacts and Experiences of Migrant Children in UK Secondary Schools"
Working Paper No 4, 7 Grace Reynolds University of Sussex, February 2008

Migrant students come with additional needs, and

- a) magnify all challenges in the society
- b) they definitely lower the academic achievements of the classes
- c) to learn English is essential for them
- d) they are only burdens to deal with

Quesito 7 Domanda C - -Choose the answer which fits best according to the text.

The Impacts and Experiences of Migrant Children in UK

A child's experience of migration is largely shaped by their experience of the education system, an experience that is palpably different to the experience of non-migrant children. Between the ages of five and sixteen children spend approximately 15,000 hours at school; this is as much time as they will spend awake out of school. An awareness of migrant children's experiences of school is an awareness of their experiences of much of life.

Migrant students are seen as overwhelming because they come with additional needs and are perceived as placing burdens on teachers as well as potentially lowering the academic achievements of the school. Being new in a school raises challenges for any child but the added element of being new in a country magnifies these challenges manifold. The need to learn English is a focus.

Studies find, however, that migrant children face many problems, including: finding new friends; dealing with loss and loneliness; adjusting to a new teacher and new school system (some children may never have been to school before); adjusting to a new cultural environment; trauma that may have occurred preceding, during and after migration; and racism or anti-immigration sentiments.

Migrant child who speaks English but may be dealing with several of these challenges would be given no official support in school.

Schools can be fraught places where community tensions are played out as diverse communities are forced together in 'cheek-by-jowl' relationships. Schools are bound by the Race Relations Amendment Act 2000 to: 'Eliminate unlawful racial discrimination and to promote equality of opportunity and good relations between people of different groups'. Schools are operating in a social climate that is often hostile to asylum seekers, to Islam and

to migrants. Schools not only reflect wider society relations but can also affect them, acting as a focus for improving relations.

Excerpted from "The Impacts and Experiences of Migrant Children in UK Secondary Schools"
Working Paper No 4, 7 Grace Reynolds University of Sussex, February 2008

According to some studies, migrant children have to face many interconnected problems, such as

- a) coping with anti-immigration sentiments to become accepted
- b) adjusting to the new school system, and possibly racist context, while overcoming trauma
- c) the lack of friends and overcoming the trauma of living in a new place without their families
- d) coping with the new school system to avoid trauma

Quesito 7 Domanda D - -Choose the answer which fits best according to the text.

The Impacts and Experiences of Migrant Children in UK

A child's experience of migration is largely shaped by their experience of the education system, an experience that is palpably different to the experience of non-migrant children. Between the ages of five and sixteen children spend approximately 15,000 hours at school; this is as much time as they will spend awake out of school. An awareness of migrant children's experiences of school is an awareness of their experiences of much of life.

Migrant students are seen as overwhelming because they come with additional needs and are perceived as placing burdens on teachers as well as potentially lowering the academic achievements of the school. Being new in a school raises challenges for any child but the added element of being new in a country magnifies these challenges manifold. The need to learn English is a focus.

Studies find, however, that migrant children face many problems, including: finding new friends; dealing with loss and loneliness; adjusting to a new teacher and new school system (some children may never have been to school before); adjusting to a new cultural environment; trauma that may have occurred preceding, during and after migration; and racism or anti-immigration sentiments. Migrant child who speaks English but may be dealing with several of these challenges would be given no official support in school.

Schools can be fraught places where community tensions are played out as diverse communities are forced together in 'cheek-by-jowl' relationships. Schools are bound by the Race Relations Amendment Act 2000 to: 'Eliminate unlawful racial discrimination and to promote equality of opportunity and good relations between people of different groups'. Schools are operating in a social climate that is often hostile to asylum seekers, to Islam and to migrants. Schools not only reflect wider society relations but can also affect them, acting as a focus for improving relations.

Excerpted from "The Impacts and Experiences of Migrant Children in UK Secondary Schools"
Working Paper No 4, 7 Grace Reynolds University of Sussex, February 2008

Official and comprehensive support in schools for integration problems

- a) is usually not provided to migrant children
- b) takes 'cheek-by-jowl' relationships into account
- c) is multifaceted and all-inclusive

- d) is only provided to migrant children who speak English

Quesito 7 Domanda E - -Choose the answer which fits best according to the text.

The Impacts and Experiences of Migrant Children in UK

A child's experience of migration is largely shaped by their experience of the education system, an experience that is palpably different to the experience of non-migrant children. Between the ages of five and sixteen children spend approximately 15,000 hours at school; this is as much time as they will spend awake out of school. An awareness of migrant children's experiences of school is an awareness of their experiences of much of life.

Migrant students are seen as overwhelming because they come with additional needs and are perceived as placing burdens on teachers as well as potentially lowering the academic achievements of the school. Being new in a school raises challenges for any child but the added element of being new in a country magnifies these challenges manifold. The need to learn English is a focus.

Studies find, however, that migrant children face many problems, including: finding new friends; dealing with loss and loneliness; adjusting to a new teacher and new school system (some children may never have been to school before); adjusting to a new cultural environment; trauma that may have occurred preceding, during and after migration; and racism or anti-immigration sentiments. Migrant child who speaks English but may be dealing with several of these challenges would be given no official support in school.

Schools can be fraught places where community tensions are played out as diverse communities are forced together in 'cheek-by-jowl' relationships. Schools are bound by the Race Relations Amendment Act 2000 to: 'Eliminate unlawful racial discrimination and to promote equality of opportunity and good relations between people of different groups'. Schools are operating in a social climate that is often hostile to asylum seekers, to Islam and to migrants. Schools not only reflect wider society relations but can also affect them, acting as a focus for improving relations.

Excerpted from "The Impacts and Experiences of Migrant Children in UK Secondary Schools"
Working Paper No 4, 7 Grace Reynolds University of Sussex, February 2008

Schools are operating in contexts where

- a) the social climate is improving fast and with no delays
- b) there is a hostile and illegal social climate
- c) community tensions are palpable, but they are legally bound to try to overcome discrimination
- d) there are few tensions, in a cultural climate that is seldom hostile to Islam and migrants

Quesito 8 Domanda A - -Choose the answer which fits best according to the text.

The integration of immigrants and their children in Europe

In a recent study, we compare the experiences of first- and second-generation immigrants in France, Germany and the UK in terms of their education, earnings and employment. These countries all experienced large-scale immigration in the 1950s and 1960s so that enough time has elapsed to be able to evaluate how the immigrants' children are getting on.

Although these countries have all had sizeable immigrant populations for a considerable time, they also differ in

important ways. First, the ethnic composition of immigrant inflows is different: immigrants in France and the UK came from former colonies of those countries, while Germany employed immigrants from southern Europe and Turkey.

Second, these countries have adopted very different policies towards the integration of immigrants. Put very crudely, the UK has sought to accommodate and celebrate cultural and ethnic diversity, while France has sought to deny its existence (at least in the public sphere) in the interest of 'equal treatment'. The proposed banning of the burqa is a good example of the latter approach.

In contrast with both these countries, which typically granted immigrants full citizenship, Germany did not, until relatively recently, give citizenship to immigrants or their children who were not ethnically German. Long after it was clear that they had come to stay, Germany thought of its immigrants as only temporary residents.

The gap in educational attainment between natives and immigrants is much reduced in the second generation compared with the first generation. While there is considerable heterogeneity across immigrant groups and the children of immigrants still do worse than the children of native-born parents, they often do better than their own parents. This suggests perhaps that education systems are working to integrate the children of immigrants though it is much harder to say whether progress is as fast as it could be.

Retrieved from <http://cep.lse.ac.uk/pubs/download/cp304.pdf>

France, Germany and the UK

- a) had comparable large-scale immigration in the 1950s and 1960s
- b) definitely wish to compare the integration experiences of immigrants
- c) are looking forward to evaluating how the immigrants' children are getting on
- d) are trying to understand their immigrants' employment rate

Quesito 8 Domanda B - -Choose the answer which fits best according to the text.

The integration of immigrants and their children in Europe

In a recent study, we compare the experiences of first- and second-generation immigrants in France, Germany and the UK in terms of their education, earnings and employment. These countries all experienced large-scale immigration in the 1950s and 1960s so that enough time has elapsed to be able to evaluate how the immigrants' children are getting on.

Although these countries have all had sizeable immigrant populations for a considerable time, they also differ in important ways. First, the ethnic composition of immigrant inflows is different: immigrants in France and the UK came from former colonies of those countries, while Germany employed immigrants from southern Europe and Turkey.

Second, these countries have adopted very different policies towards the integration of immigrants. Put very crudely, the UK has sought to accommodate and celebrate cultural and ethnic diversity, while France has sought to deny its existence (at least in the public sphere) in the interest of 'equal treatment'. The proposed banning of the burqa is a good example of the latter approach.

In contrast with both these countries, which typically granted immigrants full citizenship, Germany did not, until relatively recently, give citizenship to immigrants or their children who were not ethnically German. Long after it was clear that they had come to stay, Germany thought of its immigrants as only temporary residents.

The gap in educational attainment between natives and immigrants is much reduced in the second generation compared with the first generation. While there is considerable heterogeneity across immigrant groups and the

children of immigrants still do worse than the children of native-born parents, they often do better than their own parents. This suggests perhaps that education systems are working to integrate the children of immigrants though it is much harder to say whether progress is as fast as it could be.

Retrieved from <http://cep.lse.ac.uk/pubs/download/cp304.pdf>

However, the immigrant populations of these countries

- a) some came from Southern Europe
- b) all came from former colonies
- c) display important ethnic differences
- d) rarely came from Turkey

Quesito 8 Domanda C - -Choose the answer which fits best according to the text.

The integration of immigrants and their children in Europe

In a recent study, we compare the experiences of first- and second-generation immigrants in France, Germany and the UK in terms of their education, earnings and employment. These countries all experienced large-scale immigration in the 1950s and 1960s so that enough time has elapsed to be able to evaluate how the immigrants' children are getting on.

Although these countries have all had sizeable immigrant populations for a considerable time, they also differ in important ways. First, the ethnic composition of immigrant inflows is different: immigrants in France and the UK came from former colonies of those countries, while Germany employed immigrants from southern Europe and Turkey.

Second, these countries have adopted very different policies towards the integration of immigrants. Put very crudely, the UK has sought to accommodate and celebrate cultural and ethnic diversity, while France has sought to deny its existence (at least in the public sphere) in the interest of 'equal treatment'. The proposed banning of the burqa is a good example of the latter approach.

In contrast with both these countries, which typically granted immigrants full citizenship, Germany did not, until relatively recently, give citizenship to immigrants or their children who were not ethnically German. Long after it was clear that they had come to stay, Germany thought of its immigrants as only temporary residents.

The gap in educational attainment between natives and immigrants is much reduced in the second generation compared with the first generation. While there is considerable heterogeneity across immigrant groups and the children of immigrants still do worse than the children of native-born parents, they often do better than their own parents. This suggests perhaps that education systems are working to integrate the children of immigrants though it is much harder to say whether progress is as fast as it could be.

Retrieved from <http://cep.lse.ac.uk/pubs/download/cp304.pdf>

These countries have

- a) easily accepted cultural and ethnic diversity
- b) banned the burqa
- c) implemented very different integration strategies
- d) sought to deny ethnic diversity

Quesito 8 Domanda D - -Choose the answer which fits best according to the text.

The integration of immigrants and their children in Europe

In a recent study, we compare the experiences of first- and second-generation immigrants in France, Germany and the UK in terms of their education, earnings and employment. These countries all experienced large-scale immigration in the 1950s and 1960s so that enough time has elapsed to be able to evaluate how the immigrants' children are getting on.

Although these countries have all had sizeable immigrant populations for a considerable time, they also differ in important ways. First, the ethnic composition of immigrant inflows is different: immigrants in France and the UK came from former colonies of those countries, while Germany employed immigrants from southern Europe and Turkey.

Second, these countries have adopted very different policies towards the integration of immigrants. Put very crudely, the UK has sought to accommodate and celebrate cultural and ethnic diversity, while France has sought to deny its existence (at least in the public sphere) in the interest of 'equal treatment'. The proposed banning of the burqa is a good example of the latter approach.

In contrast with both these countries, which typically granted immigrants full citizenship, Germany did not, until relatively recently, give citizenship to immigrants or their children who were not ethnically German. Long after it was clear that they had come to stay, Germany thought of its immigrants as only temporary residents.

The gap in educational attainment between natives and immigrants is much reduced in the second generation compared with the first generation. While there is considerable heterogeneity across immigrant groups and the children of immigrants still do worse than the children of native-born parents, they often do better than their own parents. This suggests perhaps that education systems are working to integrate the children of immigrants though it is much harder to say whether progress is as fast as it could be.

Retrieved from <http://cep.lse.ac.uk/pubs/download/cp304.pdf>

Differently from France and the UK, Germany

- a) immediately gave citizenship to its immigrants' children
- b) strongly wished to grant its immigrants full citizenship
- c) only accepted temporary residents who did not want to stay
- d) typically considered immigrants as merely provisional residents

Quesito 8 Domanda E - -Choose the answer which fits best according to the text.

The integration of immigrants and their children in Europe

In a recent study, we compare the experiences of first- and second-generation immigrants in France, Germany and the UK in terms of their education, earnings and employment. These countries all experienced large-scale immigration in the 1950s and 1960s so that enough time has elapsed to be able to evaluate how the immigrants' children are getting on.

Although these countries have all had sizeable immigrant populations for a considerable time, they also differ in important ways. First, the ethnic composition of immigrant inflows is different: immigrants in France and the UK came from former colonies of those countries, while Germany employed immigrants from southern Europe and Turkey.

Second, these countries have adopted very different policies towards the integration of immigrants. Put very

crudely, the UK has sought to accommodate and celebrate cultural and ethnic diversity, while France has sought to deny its existence (at least in the public sphere) in the interest of 'equal treatment'. The proposed banning of the burqa is a good example of the latter approach.

In contrast with both these countries, which typically granted immigrants full citizenship, Germany did not, until relatively recently, give citizenship to immigrants or their children who were not ethnically German. Long after it was clear that they had come to stay, Germany thought of its immigrants as only temporary residents.

The gap in educational attainment between natives and immigrants is much reduced in the second generation compared with the first generation. While there is considerable heterogeneity across immigrant groups and the children of immigrants still do worse than the children of native-born parents, they often do better than their own parents. This suggests perhaps that education systems are working to integrate the children of immigrants though it is much harder to say whether progress is as fast as it could be.

Retrieved from <http://cep.lse.ac.uk/pubs/download/cp304.pdf>

The gap in educational achievement between natives and immigrants

- a) can be easily and quickly bridged thanks to education systems
- b) is bigger in the first generation than in the second generation
- c) is more insignificant in the first generation than in the second generation
- d) is much reduced in the first generation as compared to the second generation

Domande a risposta multipla - ES

Quesito 7 Domanda A - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

ALUMNOS CON NECESIDADES ESPECIALES DE EDUCACIÓN (NEE)

La nueva ley de educación, la LOMCE, deja muchos interrogantes en el aire a la hora de llevar a cabo la educación inclusiva. Basta comparar sus planteamientos con los del programa denominado "Educación y formación en Europa", en el que se establecen determinados objetivos educativos para alumnos con necesidades especiales de educación (NEE), entre ellos:

- Garantizar que todo el alumnado tenga realmente acceso a las aptitudes básicas, incluidos los alumnos desfavorecidos, los que tienen necesidades especiales, los que abandonan prematuramente el sistema escolar y los estudiantes adultos.
- Promover la ciudadanía activa, la igualdad de oportunidades y la cohesión social. Como indicadores se contemplan la participación del alumnado, padres y otras partes interesadas en la gestión escolar, y la potenciación de modelos para la integración y el acceso a la educación y la formación de los grupos desfavorecidos.

Las recomendaciones de la Unión Europea sirven de marco para la creación del Plan de Acción, cuyos objetivos son:

- Procurar que todas las personas, independientemente de la naturaleza y del grado de discapacidad, puedan beneficiarse de una igualdad de acceso a la educación y desarrollen al máximo su personalidad, su talento, su creatividad y sus aptitudes o capacidades intelectuales y físicas.
- Procurar que las personas con discapacidad puedan seguir o cursar una escolaridad ordinaria, animando a las autoridades competentes a establecer dispositivos educativos que satisfagan las necesidades de la población con discapacidad.
- Apoyar y promover el aprendizaje a lo largo de toda la vida para las personas con discapacidad de todas las edades y facilitar la transición eficaz y efectuada entre las distintas fases del conjunto de estudios educativos así como entre la educación y el empleo;
- Desarrollar a todos los niveles del sistema educativo, incluidos los niños desde las edades más tempranas, una

actitud de respeto por los derechos de las personas con discapacidad.

Adaptado de GOBIERNO VASCO (2012): Plan Estratégico de Atención a la Diversidad en el marco de una Escuela Inclusiva, 2012-2016 (Vitoria-Gasteiz: Gobierno Vasco), Revista Española de Educación Comparada, 24 (2014), 293-310.

Según el texto

- a) el tema de la educación inclusiva no está tratado de forma satisfactoria en la LOMCE
- b) el programa "Educación y formación en Europa" se ha elaborado a partir de las recomendaciones de la LOMCE
- c) la LOMCE es una ley dedicada a la integración en el ámbito educativo, especialmente en relación con los alumnos con necesidades especiales
- d) la LOMCE se ha formulado de acuerdo con los principios del programa "Educación y formación en Europa"

Quesito 7 Domanda B - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

ALUMNOS CON NECESIDADES ESPECIALES DE EDUCACIÓN (NEE)

La nueva ley de educación, la LOMCE, deja muchos interrogantes en el aire a la hora de llevar a cabo la educación inclusiva. Basta comparar sus planteamientos con los del programa denominado "Educación y formación en Europa", en el que se establecen determinados objetivos educativos para alumnos con necesidades especiales de educación (NEE), entre ellos:

- Garantizar que todo el alumnado tenga realmente acceso a las aptitudes básicas, incluidos los alumnos desfavorecidos, los que tienen necesidades especiales, los que abandonan prematuramente el sistema escolar y los estudiantes adultos.
- Promover la ciudadanía activa, la igualdad de oportunidades y la cohesión social. Como indicadores se contemplan la participación del alumnado, padres y otras partes interesadas en la gestión escolar, y la potenciación de modelos para la integración y el acceso a la educación y la formación de los grupos desfavorecidos.

Las recomendaciones de la Unión Europea sirven de marco para la creación del Plan de Acción, cuyos objetivos son:

- Procurar que todas las personas, independientemente de la naturaleza y del grado de discapacidad, puedan beneficiarse de una igualdad de acceso a la educación y desarrollen al máximo su personalidad, su talento, su creatividad y sus aptitudes o capacidades intelectuales y físicas.
- Procurar que las personas con discapacidad puedan seguir o cursar una escolaridad ordinaria, animando a las autoridades competentes a establecer dispositivos educativos que satisfagan las necesidades de la población con discapacidad.
- Apoyar y promover el aprendizaje a lo largo de toda la vida para las personas con discapacidad de todas las edades y facilitar la transición eficaz y efectuada entre las distintas fases del conjunto de estudios educativos así como entre la educación y el empleo;
- Desarrollar a todos los niveles del sistema educativo, incluidos los niños desde las edades más tempranas, una actitud de respeto por los derechos de las personas con discapacidad.

Adaptado de GOBIERNO VASCO (2012): Plan Estratégico de Atención a la Diversidad en el marco de una Escuela Inclusiva, 2012-2016 (Vitoria-Gasteiz: Gobierno Vasco), Revista Española de Educación Comparada, 24 (2014), 293-310.

De acuerdo con el documento "Educación y formación en Europa"

- a) es obligatorio que todo el alumnado, incluso los alumnos con necesidades educativas especiales, consiga

las destrezas básicas

- b) el desarrollo de patrones de inclusión escolar es la finalidad de las políticas de igualdad y de cohesión social
- c) se debe asegurar la posibilidad de adquirir las competencias esenciales a todos los alumnos, incluidos los alumnos con necesidades educativas especiales
- d) el fomento de la ciudadanía activa favorece la implicación de los padres en el ámbito educativo y la inclusión de los alumnos necesitados

Quesito 7 Domanda C - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

ALUMNOS CON NECESIDADES ESPECIALES DE EDUCACIÓN (NEE)

La nueva ley de educación, la LOMCE, deja muchos interrogantes en el aire a la hora de llevar a cabo la educación inclusiva. Basta comparar sus planteamientos con los del programa denominado "Educación y formación en Europa", en el que se establecen determinados objetivos educativos para alumnos con necesidades especiales de educación (NEE), entre ellos:

- Garantizar que todo el alumnado tenga realmente acceso a las aptitudes básicas, incluidos los alumnos desfavorecidos, los que tienen necesidades especiales, los que abandonan prematuramente el sistema escolar y los estudiantes adultos.
- Promover la ciudadanía activa, la igualdad de oportunidades y la cohesión social. Como indicadores se contemplan la participación del alumnado, padres y otras partes interesadas en la gestión escolar, y la potenciación de modelos para la integración y el acceso a la educación y la formación de los grupos desfavorecidos.

Las recomendaciones de la Unión Europea sirven de marco para la creación del Plan de Acción, cuyos objetivos son:

- Procurar que todas las personas, independientemente de la naturaleza y del grado de discapacidad, puedan beneficiarse de una igualdad de acceso a la educación y desarrollen al máximo su personalidad, su talento, su creatividad y sus aptitudes o capacidades intelectuales y físicas.
- Procurar que las personas con discapacidad puedan seguir o cursar una escolaridad ordinaria, animando a las autoridades competentes a establecer dispositivos educativos que satisfagan las necesidades de la población con discapacidad.
- Apoyar y promover el aprendizaje a lo largo de toda la vida para las personas con discapacidad de todas las edades y facilitar la transición eficaz y efectuada entre las distintas fases del conjunto de estudios educativos así como entre la educación y el empleo;
- Desarrollar a todos los niveles del sistema educativo, incluidos los niños desde las edades más tempranas, una actitud de respeto por los derechos de las personas con discapacidad.

Adaptado de GOBIERNO VASCO (2012): Plan Estratégico de Atención a la Diversidad en el marco de una Escuela Inclusiva, 2012-2016 (Vitoria-Gasteiz: Gobierno Vasco), Revista Española de Educación Comparada, 24 (2014), 293-310.

Según el texto

- a) el Plan de Acción detalla los principios aplicativos para una educación inclusiva
- b) el Plan de Acción sirve para suplir las carencias de la LOMCE
- c) el objetivo del Plan de Acción es el conseguimiento de niveles básicos de formación por parte de los alumnos discapacitados
- d) entre los objetivos del Plan de Acción destaca el de que cada individuo pueda desplegar su potencial en el ámbito educativo

Quesito 7 Domanda D - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

ALUMNOS CON NECESIDADES ESPECIALES DE EDUCACIÓN (NEE)

La nueva ley de educación, la LOMCE, deja muchos interrogantes en el aire a la hora de llevar a cabo la educación inclusiva. Basta comparar sus planteamientos con los del programa denominado "Educación y formación en Europa", en el que se establecen determinados objetivos educativos para alumnos con necesidades especiales de educación (NEE), entre ellos:

- Garantizar que todo el alumnado tenga realmente acceso a las aptitudes básicas, incluidos los alumnos desfavorecidos, los que tienen necesidades especiales, los que abandonan prematuramente el sistema escolar y los estudiantes adultos.
- Promover la ciudadanía activa, la igualdad de oportunidades y la cohesión social. Como indicadores se contemplan la participación del alumnado, padres y otras partes interesadas en la gestión escolar, y la potenciación de modelos para la integración y el acceso a la educación y la formación de los grupos desfavorecidos.

Las recomendaciones de la Unión Europea sirven de marco para la creación del Plan de Acción, cuyos objetivos son:

- Procurar que todas las personas, independientemente de la naturaleza y del grado de discapacidad, puedan beneficiarse de una igualdad de acceso a la educación y desarrollen al máximo su personalidad, su talento, su creatividad y sus aptitudes o capacidades intelectuales y físicas.
- Procurar que las personas con discapacidad puedan seguir o cursar una escolaridad ordinaria, animando a las autoridades competentes a establecer dispositivos educativos que satisfagan las necesidades de la población con discapacidad.
- Apoyar y promover el aprendizaje a lo largo de toda la vida para las personas con discapacidad de todas las edades y facilitar la transición eficaz y efectuada entre las distintas fases del conjunto de estudios educativos así como entre la educación y el empleo;
- Desarrollar a todos los niveles del sistema educativo, incluidos los niños desde las edades más tempranas, una actitud de respeto por los derechos de las personas con discapacidad.

Adaptado de GOBIERNO VASCO (2012): Plan Estratégico de Atención a la Diversidad en el marco de una Escuela Inclusiva, 2012-2016 (Vitoria-Gasteiz: Gobierno Vasco), Revista Española de Educación Comparada, 24 (2014), 293-310.

De acuerdo con el Plan de Acción

- a) las autoridades locales tienen la obligación de tomar medidas específicas para las personas discapacitadas
- b) las personas con minusvalía menos grave tienen la obligación de seguir estudios regulares
- c) las autoridades deberían garantizar a todas las personas el acceso a la enseñanza común sin distinciones basadas en su discapacidad
- d) las personas con distintos grados de minusvalía podrán aprovechar cursos especiales organizados por las autoridades competentes

Quesito 7 Domanda E - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

ALUMNOS CON NECESIDADES ESPECIALES DE EDUCACIÓN (NEE)

La nueva ley de educación, la LOMCE, deja muchos interrogantes en el aire a la hora de llevar a cabo la educación inclusiva. Basta comparar sus planteamientos con los del programa denominado "Educación y formación en Europa", en el que se establecen determinados objetivos educativos para alumnos con necesidades especiales de educación (NEE), entre ellos:

- Garantizar que todo el alumnado tenga realmente acceso a las aptitudes básicas, incluidos los alumnos

desfavorecidos, los que tienen necesidades especiales, los que abandonan prematuramente el sistema escolar y los estudiantes adultos.

- Promover la ciudadanía activa, la igualdad de oportunidades y la cohesión social. Como indicadores se contemplan la participación del alumnado, padres y otras partes interesadas en la gestión escolar, y la potenciación de modelos para la integración y el acceso a la educación y la formación de los grupos desfavorecidos.

Las recomendaciones de la Unión Europea sirven de marco para la creación del Plan de Acción, cuyos objetivos son:

- Procurar que todas las personas, independientemente de la naturaleza y del grado de discapacidad, puedan beneficiarse de una igualdad de acceso a la educación y desarrollen al máximo su personalidad, su talento, su creatividad y sus aptitudes o capacidades intelectuales y físicas.
- Procurar que las personas con discapacidad puedan seguir o cursar una escolaridad ordinaria, animando a las autoridades competentes a establecer dispositivos educativos que satisfagan las necesidades de la población con discapacidad.
- Apoyar y promover el aprendizaje a lo largo de toda la vida para las personas con discapacidad de todas las edades y facilitar la transición eficaz y efectuada entre las distintas fases del conjunto de estudios educativos así como entre la educación y el empleo;
- Desarrollar a todos los niveles del sistema educativo, incluidos los niños desde las edades más tempranas, una actitud de respeto por los derechos de las personas con discapacidad.

Adaptado de GOBIERNO VASCO (2012): Plan Estratégico de Atención a la Diversidad en el marco de una Escuela Inclusiva, 2012-2016 (Vitoria-Gasteiz: Gobierno Vasco), Revista Española de Educación Comparada, 24 (2014), 293-310.

Según el texto

- a) uno de los objetivos prioritarios del Plan de Acción es el de educar a la atención a los derechos de las personas minusválidas
- b) fomentar la formación continua para personas con minusvalía es el principal objetivo del Plan de Acción
- c) el Plan de Acción permite que las personas con discapacidad encuentren trabajo fácilmente
- d) el Plan de Acción pretende contrastar el abandono escolar por parte de personas discapacitadas

Quesito 8 Domanda A - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

LA DISCRIMINACIÓN SOCIAL DE LA COMUNIDAD GITANA

El estudio realizado por el Centro de Estudios Sociológicos (CIS) en el año 2014 sigue mostrando que la etnia gitana es la más rechazada por la sociedad mayoritaria, junto a la población musulmana. Así mismo, pone de manifiesto que la discriminación de origen étnico, junto a la discriminación por edad, apariencia física y situación económica, ha empeorado considerablemente en los últimos años. En ocasiones estos aspectos se dan juntos en una misma persona o colectivo: entonces hablamos de discriminación múltiple. La encuesta realizada advierte que una de cada tres personas se ha sentido discriminada e incluso ha percibido la discriminación múltiple en distintos ámbitos de la vida; sigue siendo necesario continuar reivindicando una educación antirracista que otorgue gran importancia a la educación, poniendo el acento en la justicia social, como la surgida en los años ochenta (Torres, 1998).

Actualmente se sigue incidiendo en este aspecto desde distintos ámbitos; Rey (2014), desde el ámbito jurídico, afirma que el racismo en España no es fácil de percibir ni entre las propias víctimas, y se acaba aceptando como algo normal o de baja intensidad. Esta cuestión es aún más preocupante si la analizamos desde las formas de racismo líquido frente al racismo sólido, violento y consciente, siguiendo a Zygmunt Bauman. El racismo líquido se manifiesta de modo ambiguo y apoyado en noticias y datos también discriminadores; según Rey, «los gitanos, los inmigrantes, etcétera, no contribuyen al desarrollo del país, sino todo lo contrario; apenas aportan nada socialmente valioso y a cambio reciben abundantes prestaciones públicas». La lógica racista percibe como

injustas las medidas de discriminación positiva y para muchos las oportunidades son similares para toda la población, el neo-racismo «hace compatible sus prejuicios con una visión favorable de la igualdad de trato; al mismo tiempo se rechaza la discriminación, pero también los medios destinados a combatirla».

Adaptado de Comunidad Gitana y Educación Pública. La necesidad de construir un proyecto social y educativo compartido, María Jesús Márquez, Daniela Padua, Revista Interuniversitaria de Formación del Profesorado, 85 (30.1) (2016), 81-90.

Según el texto

- a) en España sigue habiendo graves problemas de discriminación hacia todas las minorías étnicas
- b) los gitanos son la única etnia que mayor acoso racista sufre en España
- c) una investigación del Consejo Superior de Investigaciones Científicas (CSIC) del año 2014 pone de relieve que los gitanos y los musulmanes no sufren discriminación étnica
- d) gitanos y musulmanes son los dos grupos más discriminados en España

Quesito 8 Domanda B - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

LA DISCRIMINACIÓN SOCIAL DE LA COMUNIDAD GITANA

El estudio realizado por el Centro de Estudios Sociológicos (CIS) en el año 2014 sigue mostrando que la etnia gitana es la más rechazada por la sociedad mayoritaria, junto a la población musulmana. Así mismo, pone de manifiesto que la discriminación de origen étnico, junto a la discriminación por edad, apariencia física y situación económica, ha empeorado considerablemente en los últimos años. En ocasiones estos aspectos se dan juntos en una misma persona o colectivo: entonces hablamos de discriminación múltiple. La encuesta realizada advierte que una de cada tres personas se ha sentido discriminada e incluso ha percibido la discriminación múltiple en distintos ámbitos de la vida; sigue siendo necesario continuar reivindicando una educación antirracista que otorgue gran importancia a la educación, poniendo el acento en la justicia social, como la surgida en los años ochenta (Torres, 1998).

Actualmente se sigue incidiendo en este aspecto desde distintos ámbitos; Rey (2014), desde el ámbito jurídico, afirma que el racismo en España no es fácil de percibir ni entre las propias víctimas, y se acaba aceptando como algo normal o de baja intensidad. Esta cuestión es aún más preocupante si la analizamos desde las formas de racismo líquido frente al racismo sólido, violento y consciente, siguiendo a Zygmunt Bauman. El racismo líquido se manifiesta de modo ambiguo y apoyado en noticias y datos también discriminadores; según Rey, «los gitanos, los inmigrantes, etcétera, no contribuyen al desarrollo del país, sino todo lo contrario; apenas aportan nada socialmente valioso y a cambio reciben abundantes prestaciones públicas». La lógica racista percibe como injustas las medidas de discriminación positiva y para muchos las oportunidades son similares para toda la población, el neo-racismo «hace compatible sus prejuicios con una visión favorable de la igualdad de trato; al mismo tiempo se rechaza la discriminación, pero también los medios destinados a combatirla».

Adaptado de Comunidad Gitana y Educación Pública. La necesidad de construir un proyecto social y educativo compartido, María Jesús Márquez, Daniela Padua, Revista Interuniversitaria de Formación del Profesorado, 85 (30.1) (2016), 81-90.

De acuerdo con el estudio citado

- a) la discriminación por edad, aspecto y estatus hoy en día es más grave que la de tipo étnico
- b) se emplea el término “discriminación múltiple” para referirse a actos de discriminación dirigidos a varias personas o colectivos a la vez
- c) la etnia gitana es la única víctima de discriminación múltiple

- d) no es la única forma de discriminación la que se basa en la procedencia étnica

Quesito 8 Domanda C - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

LA DISCRIMINACIÓN SOCIAL DE LA COMUNIDAD GITANA

El estudio realizado por el Centro de Estudios Sociológicos (CIS) en el año 2014 sigue mostrando que la etnia gitana es la más rechazada por la sociedad mayoritaria, junto a la población musulmana. Así mismo, pone de manifiesto que la discriminación de origen étnico, junto a la discriminación por edad, apariencia física y situación económica, ha empeorado considerablemente en los últimos años. En ocasiones estos aspectos se dan juntos en una misma persona o colectivo: entonces hablamos de discriminación múltiple. La encuesta realizada advierte que una de cada tres personas se ha sentido discriminada e incluso ha percibido la discriminación múltiple en distintos ámbitos de la vida; sigue siendo necesario continuar reivindicando una educación antirracista que otorgue gran importancia a la educación, poniendo el acento en la justicia social, como la surgida en los años ochenta (Torres, 1998).

Actualmente se sigue incidiendo en este aspecto desde distintos ámbitos; Rey (2014), desde el ámbito jurídico, afirma que el racismo en España no es fácil de percibir ni entre las propias víctimas, y se acaba aceptando como algo normal o de baja intensidad. Esta cuestión es aún más preocupante si la analizamos desde las formas de racismo líquido frente al racismo sólido, violento y consciente, siguiendo a Zygmunt Bauman. El racismo líquido se manifiesta de modo ambiguo y apoyado en noticias y datos también discriminadores; según Rey, «los gitanos, los inmigrantes, etcétera, no contribuyen al desarrollo del país, sino todo lo contrario; apenas aportan nada socialmente valioso y a cambio reciben abundantes prestaciones públicas». La lógica racista percibe como injustas las medidas de discriminación positiva y para muchos las oportunidades son similares para toda la población, el neo-racismo «hace compatible sus prejuicios con una visión favorable de la igualdad de trato; al mismo tiempo se rechaza la discriminación, pero también los medios destinados a combatirla».

Adaptado de Comunidad Gitana y Educación Pública. La necesidad de construir un proyecto social y educativo compartido, María Jesús Márquez, Daniela Padua, Revista Interuniversitaria de Formación del Profesorado, 85 (30.1) (2016), 81-90.

Según las autoras

- a) hay que seguir luchando contra la discriminación a través de la educación
- b) la mayoría de las personas encuestadas ha sido discriminada en alguna ocasión
- c) la educación antirracista nació en los años ochenta del siglo pasado
- d) un tercio de los entrevistados ha sufrido discriminación múltiple

Quesito 8 Domanda D - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

LA DISCRIMINACIÓN SOCIAL DE LA COMUNIDAD GITANA

El estudio realizado por el Centro de Estudios Sociológicos (CIS) en el año 2014 sigue mostrando que la etnia gitana es la más rechazada por la sociedad mayoritaria, junto a la población musulmana. Así mismo, pone de manifiesto que la discriminación de origen étnico, junto a la discriminación por edad, apariencia física y situación económica, ha empeorado considerablemente en los últimos años. En ocasiones estos aspectos se dan juntos en una misma persona o colectivo: entonces hablamos de discriminación múltiple. La encuesta realizada advierte que una de cada tres personas se ha sentido discriminada e incluso ha percibido la discriminación múltiple en distintos ámbitos de la vida; sigue siendo necesario continuar reivindicando una educación antirracista que otorgue gran importancia a la educación, poniendo el acento en la justicia social, como la surgida en los años ochenta (Torres, 1998).

Actualmente se sigue incidiendo en este aspecto desde distintos ámbitos; Rey (2014), desde el ámbito jurídico,

afirma que el racismo en España no es fácil de percibir ni entre las propias víctimas, y se acaba aceptando como algo normal o de baja intensidad. Esta cuestión es aún más preocupante si la analizamos desde las formas de racismo líquido frente al racismo sólido, violento y consciente, siguiendo a Zygmunt Bauman. El racismo líquido se manifiesta de modo ambiguo y apoyado en noticias y datos también discriminadores; según Rey, «los gitanos, los inmigrantes, etcétera, no contribuyen al desarrollo del país, sino todo lo contrario; apenas aportan nada socialmente valioso y a cambio reciben abundantes prestaciones públicas». La lógica racista percibe como injustas las medidas de discriminación positiva y para muchos las oportunidades son similares para toda la población, el neo-racismo «hace compatible sus prejuicios con una visión favorable de la igualdad de trato; al mismo tiempo se rechaza la discriminación, pero también los medios destinados a combatirla».

Adaptado de Comunidad Gitana y Educación Pública. La necesidad de construir un proyecto social y educativo compartido, María Jesús Márquez, Daniela Padua, Revista Interuniversitaria de Formación del Profesorado, 85 (30.1) (2016), 81-90.

Según el texto

- a) Zygmunt Bauman nos alerta sobre el racismo líquido, una forma insidiosa de discriminación menos evidente
- b) Zygmunt Bauman reconoce dos tipos de racismo, el sólido y el líquido
- c) Rey (2014) afirma que el racismo en España presenta una intensidad de normal a baja
- d) el racismo líquido se difunde gracias a los medios de comunicación de masas

Quesito 8 Domanda E - Lea el siguiente texto y conteste, únicamente sobre la base de lo que ha leído, la siguiente pregunta. Sólo una respuesta es correcta

LA DISCRIMINACIÓN SOCIAL DE LA COMUNIDAD GITANA

El estudio realizado por el Centro de Estudios Sociológicos (CIS) en el año 2014 sigue mostrando que la etnia gitana es la más rechazada por la sociedad mayoritaria, junto a la población musulmana. Así mismo, pone de manifiesto que la discriminación de origen étnico, junto a la discriminación por edad, apariencia física y situación económica, ha empeorado considerablemente en los últimos años. En ocasiones estos aspectos se dan juntos en una misma persona o colectivo: entonces hablamos de discriminación múltiple. La encuesta realizada advierte que una de cada tres personas se ha sentido discriminada e incluso ha percibido la discriminación múltiple en distintos ámbitos de la vida; sigue siendo necesario continuar reivindicando una educación antirracista que otorgue gran importancia a la educación, poniendo el acento en la justicia social, como la surgida en los años ochenta (Torres, 1998).

Actualmente se sigue incidiendo en este aspecto desde distintos ámbitos; Rey (2014), desde el ámbito jurídico, afirma que el racismo en España no es fácil de percibir ni entre las propias víctimas, y se acaba aceptando como algo normal o de baja intensidad. Esta cuestión es aún más preocupante si la analizamos desde las formas de racismo líquido frente al racismo sólido, violento y consciente, siguiendo a Zygmunt Bauman. El racismo líquido se manifiesta de modo ambiguo y apoyado en noticias y datos también discriminadores; según Rey, «los gitanos, los inmigrantes, etcétera, no contribuyen al desarrollo del país, sino todo lo contrario; apenas aportan nada socialmente valioso y a cambio reciben abundantes prestaciones públicas». La lógica racista percibe como injustas las medidas de discriminación positiva y para muchos las oportunidades son similares para toda la población, el neo-racismo «hace compatible sus prejuicios con una visión favorable de la igualdad de trato; al mismo tiempo se rechaza la discriminación, pero también los medios destinados a combatirla».

Adaptado de Comunidad Gitana y Educación Pública. La necesidad de construir un proyecto social y educativo compartido, María Jesús Márquez, Daniela Padua, Revista Interuniversitaria de Formación del Profesorado, 85 (30.1) (2016), 81-90.

De acuerdo con Rey (2014):

- a) es cierto que las etnias discriminadas se benefician solo de recursos públicos sin contribuir al crecimiento económico de España
- b) todo el mundo tiene oportunidades semejantes, por lo tanto la discriminación positiva solo sirve para reforzar los argumentos neo-racistas
- c) el razonamiento neo-racista hace hincapié en la atención a la igualdad de trato rehusando a la vez las medidas necesarias para lograrla
- d) las disposiciones que fomentan la discriminación positiva no son equitativas

Domande a risposta multipla - FR

Quesito 7 Domanda A - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

L'orientation précoce des élèves entre filières générales et professionnelles tend à accentuer les inégalités, les élèves issus de milieux défavorisés étant plus susceptibles de se retrouver dans des filières moins exigeantes en termes académiques. L'analyse montre que l'orientation précoce par filière a des effets particulièrement néfastes pour les élèves immigrés, même après contrôle de leurs résultats scolaires antérieurs. Ce constat peut s'expliquer par le fait que les parents immigrés sont peu susceptibles d'avoir une bonne connaissance du système d'éducation de leur pays d'accueil et peuvent donc ne pas savoir comment choisir le cursus le plus adapté à leur enfant. Même des parents parfaitement informés peuvent ne pas parvenir à scolariser leur enfant en filière générale s'il existe dans le pays d'accueil des attentes ou des stéréotypes négatifs profondément ancrés au sujet des élèves immigrés.

Des travaux de recherche ont ainsi montré qu'en Allemagne, les enfants d'immigrés sont moins susceptibles de recevoir un avis favorable de leur enseignant pour la poursuite d'un cursus général, et que cette différence ne peut pas uniquement s'expliquer par des différences de résultats scolaires ou de capacités intellectuelles globales. L'orientation des élèves immigrés issus de milieux défavorisés vers des filières moins exigeantes limite non seulement les compétences qu'ils peuvent acquérir en termes académiques, mais entrave également à terme leur accès aux professions de cadres de statut élevé. Nombre d'employeurs continuent de sélectionner leurs futurs collaborateurs en fonction des établissements fréquentés et des diplômes obtenus. L'orientation précoce par filière est particulièrement problématique dans les systèmes d'éducation où les élèves n'ont pas la possibilité de changer facilement de filière une fois leur choix initial fait.

OCDE, Les élèves immigrés à l'école. Avancer sur le chemin de l'intégration, p. 5

Comment peut-on expliquer, d'après l'OCDE, que l'orientation précoce a des effets néfastes sur les élèves immigrés ?

- a) Les parents de ces enfants ne connaissent pas assez le système d'éducation du pays d'accueil pour bien conseiller leurs enfants lors du choix des cursus.
- b) Les parents de ces enfants sont peu susceptibles de scolariser leurs enfants.
- c) Les parents de ces enfants subissent les stéréotypes négatifs présents dans le pays d'accueil et ne parviennent pas à scolariser leurs enfants en filière générale.
- d) Les parents de ces enfants les orientent mal à cause du nombre élevé des cursus qui existent dans le pays d'accueil.

Quesito 7 Domanda B - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

L'orientation précoce des élèves entre filières générales et professionnelles tend à accentuer les inégalités, les élèves issus de milieux défavorisés étant plus susceptibles de se retrouver dans des filières moins exigeantes en termes académiques. L'analyse montre que l'orientation précoce par filière a des effets particulièrement néfastes pour les élèves immigrés, même après contrôle de leurs résultats scolaires antérieurs. Ce constat peut s'expliquer par le fait que les parents immigrés sont peu susceptibles d'avoir une bonne connaissance du système d'éducation de leur pays d'accueil et peuvent donc ne pas savoir comment choisir le cursus le plus adapté à leur enfant. Même des parents parfaitement informés peuvent ne pas parvenir à scolariser leur enfant en filière générale s'il existe dans le pays d'accueil des attentes ou des stéréotypes négatifs profondément ancrés au sujet des élèves immigrés.

Des travaux de recherche ont ainsi montré qu'en Allemagne, les enfants d'immigrés sont moins susceptibles de recevoir un avis favorable de leur enseignant pour la poursuite d'un cursus général, et que cette différence ne peut pas uniquement s'expliquer par des différences de résultats scolaires ou de capacités intellectuelles globales. L'orientation des élèves immigrés issus de milieux défavorisés vers des filières moins exigeantes limite non seulement les compétences qu'ils peuvent acquérir en termes académiques, mais entrave également à terme leur accès aux professions de cadres de statut élevé. Nombre d'employeurs continuent de sélectionner leurs futurs collaborateurs en fonction des établissements fréquentés et des diplômes obtenus. L'orientation précoce par filière est particulièrement problématique dans les systèmes d'éducation où les élèves n'ont pas la possibilité de changer facilement de filière une fois leur choix initial fait.

OCDE, Les élèves immigrés à l'école. Avancer sur le chemin de l'intégration, p. 5

Les élèves issus de milieux défavorisés font normalement leurs études dans des filières moins exigeantes.

- a) On ne sait pas.
- b) Vrai.
- c) Faux.
- d) Cela dépend des résultats scolaires antérieurs.

Quesito 7 Domanda C - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

L'orientation précoce des élèves entre filières générales et professionnelles tend à accentuer les inégalités, les élèves issus de milieux défavorisés étant plus susceptibles de se retrouver dans des filières moins exigeantes en termes académiques. L'analyse montre que l'orientation précoce par filière a des effets particulièrement néfastes pour les élèves immigrés, même après contrôle de leurs résultats scolaires antérieurs. Ce constat peut s'expliquer par le fait que les parents immigrés sont peu susceptibles d'avoir une bonne connaissance du système d'éducation de leur pays d'accueil et peuvent donc ne pas savoir comment choisir le cursus le plus adapté à leur enfant. Même des parents parfaitement informés peuvent ne pas parvenir à scolariser leur enfant en filière générale s'il existe dans le pays d'accueil des attentes ou des stéréotypes négatifs profondément ancrés au sujet des élèves immigrés.

Des travaux de recherche ont ainsi montré qu'en Allemagne, les enfants d'immigrés sont moins susceptibles de recevoir un avis favorable de leur enseignant pour la poursuite d'un cursus général, et que cette différence ne peut pas uniquement s'expliquer par des différences de résultats scolaires ou de capacités intellectuelles globales. L'orientation des élèves immigrés issus de milieux défavorisés vers des filières moins exigeantes limite non seulement les compétences qu'ils peuvent acquérir en termes académiques, mais entrave également à terme leur accès aux professions de cadres de statut élevé. Nombre d'employeurs continuent de sélectionner leurs futurs collaborateurs en fonction des établissements fréquentés et des diplômes obtenus. L'orientation précoce par filière est particulièrement problématique dans les systèmes d'éducation où les élèves n'ont pas la possibilité de changer facilement de filière une fois leur choix initial fait.

OCDE, Les élèves immigrés à l'école. Avancer sur le chemin de l'intégration, p. 5

En Allemagne, quelles sont les conséquences de l'orientation scolaire des élèves immigrés ?

- a) Les élèves immigrés n'obtiennent pas de bons résultats scolaires et sont bloqués dans la poursuite de leurs études.
- b) Les élèves immigrés ne peuvent pas continuer leurs études parce que les enseignants ne leur accordent pas d'avis favorable pour la poursuite d'un cursus général.
- c) Les élèves immigrés ne peuvent pas obtenir de diplômes leur permettant l'accès aux fonctions de cadre.
- d) Les élèves immigrés ne peuvent pas développer au mieux leurs compétences et ont donc des difficultés d'accès aux professions de cadre.

Quesito 7 Domanda D - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

L'orientation précoce des élèves entre filières générales et professionnelles tend à accentuer les inégalités, les élèves issus de milieux défavorisés étant plus susceptibles de se retrouver dans des filières moins exigeantes en termes académiques. L'analyse montre que l'orientation précoce par filière a des effets particulièrement néfastes pour les élèves immigrés, même après contrôle de leurs résultats scolaires antérieurs. Ce constat peut s'expliquer par le fait que les parents immigrés sont peu susceptibles d'avoir une bonne connaissance du système d'éducation de leur pays d'accueil et peuvent donc ne pas savoir comment choisir le cursus le plus adapté à leur enfant. Même des parents parfaitement informés peuvent ne pas parvenir à scolariser leur enfant en filière générale s'il existe dans le pays d'accueil des attentes ou des stéréotypes négatifs profondément ancrés au sujet des élèves immigrés.

Des travaux de recherche ont ainsi montré qu'en Allemagne, les enfants d'immigrés sont moins susceptibles de recevoir un avis favorable de leur enseignant pour la poursuite d'un cursus général, et que cette différence ne peut pas uniquement s'expliquer par des différences de résultats scolaires ou de capacités intellectuelles globales. L'orientation des élèves immigrés issus de milieux défavorisés vers des filières moins exigeantes limite non seulement les compétences qu'ils peuvent acquérir en termes académiques, mais entrave également à terme leur accès aux professions de cadres de statut élevé. Nombre d'employeurs continuent de sélectionner leurs futurs collaborateurs en fonction des établissements fréquentés et des diplômes obtenus. L'orientation précoce par filière est particulièrement problématique dans les systèmes d'éducation où les élèves n'ont pas la possibilité de changer facilement de filière une fois leur choix initial fait.

OCDE, Les élèves immigrés à l'école. Avancer sur le chemin de l'intégration, p. 5

Quand est-ce que l'orientation précoce est encore plus problématique ?

- a) Lorsque le système d'éducation facilite le changement de filière.
- b) Lorsque le système d'éducation impose son choix à l'élève.
- c) Lorsque le système d'éducation rend difficile le changement de filière.
- d) Lorsque le système d'éducation permet de choisir facilement la filière initiale.

Quesito 7 Domanda E - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

L'orientation précoce des élèves entre filières générales et professionnelles tend à accentuer les inégalités, les élèves issus de milieux défavorisés étant plus susceptibles de se retrouver dans des filières moins exigeantes en termes académiques. L'analyse montre que l'orientation précoce par filière a des effets particulièrement néfastes pour les élèves immigrés, même après contrôle de leurs résultats scolaires antérieurs. Ce constat peut

s'expliquer par le fait que les parents immigrés sont peu susceptibles d'avoir une bonne connaissance du système d'éducation de leur pays d'accueil et peuvent donc ne pas savoir comment choisir le cursus le plus adapté à leur enfant. Même des parents parfaitement informés peuvent ne pas parvenir à scolariser leur enfant en filière générale s'il existe dans le pays d'accueil des attentes ou des stéréotypes négatifs profondément ancrés au sujet des élèves immigrés.

Des travaux de recherche ont ainsi montré qu'en Allemagne, les enfants d'immigrés sont moins susceptibles de recevoir un avis favorable de leur enseignant pour la poursuite d'un cursus général, et que cette différence ne peut pas uniquement s'expliquer par des différences de résultats scolaires ou de capacités intellectuelles globales. L'orientation des élèves immigrés issus de milieux défavorisés vers des filières moins exigeantes limite non seulement les compétences qu'ils peuvent acquérir en termes académiques, mais entrave également à terme leur accès aux professions de cadres de statut élevé. Nombre d'employeurs continuent de sélectionner leurs futurs collaborateurs en fonction des établissements fréquentés et des diplômes obtenus. L'orientation précoce par filière est particulièrement problématique dans les systèmes d'éducation où les élèves n'ont pas la possibilité de changer facilement de filière une fois leur choix initial fait.

OCDE, Les élèves immigrés à l'école. Avancer sur le chemin de l'intégration, p. 5

Le cas allemand :

- a) Ne confirme pas la tendance générale de l'orientation précoce des élèves entre filières générales et professionnelles à accentuer les inégalités.
- b) Confirme la tendance générale de l'orientation précoce des élèves entre filières générales et professionnelles à accentuer les inégalités.
- c) Montre que l'orientation précoce des élèves entre filières générales et professionnelles dépend exclusivement des parents immigrés.
- d) Montre que l'orientation précoce des élèves entre filières générales et professionnelles est indépendante du milieu dont l'élève est issu.

Quesito 8 Domanda A - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

Depuis quelques années, on constate une augmentation de l'immigration des étrangers bien qualifiés en Suisse. Le tournant voulu politiquement depuis la fin des années 1980 – passage de l'ancienne politique accueillant travailleurs étrangers et saisonniers à une politique d'immigration sélective – semble accompli.

Cette migration soi-disant de « couche supérieure » comporte cependant en soi de nouveaux défis pour la politique d'intégration, notamment pour le système éducatif, la qualité de vie et d'habitation ou l'environnement politique et culturel. Les immigrés hautement qualifiés ont en règle générale plus de compétences et aussi plus de ressources pour s'organiser eux-mêmes. Néanmoins, il convient de ne pas sous-estimer leur besoin en informations sur leur nouvel espace de vie et de travail. L'immigration de couche supérieure déclenche aussi – comme le prouve les récents débats sur l'immigration en provenance d'Allemagne – des ressentiments exactement à l'instar de l'immigration de travailleurs étrangers peu qualifiés, en particulier chez les personnes qui se sentent elles-mêmes menacées par des processus de déclassement social. Dans ce contexte, la politique d'intégration des étrangers acquiert une dimension sociétale.

Malgré l'émergence de cette « nouvelle immigration » dans les débats publics, il convient de souligner qu'il y a toujours encore une main d'œuvre peu qualifiée qui entre en Suisse, en provenance des pays UE/AELE, via le regroupement familial ou encore via la procédure d'asile. La politique d'intégration se voit dès lors confrontée à une hétérogénéité de fait. La réalité de l'intégration se présente différemment dans chaque canton, chaque ville et chaque commune, de sorte que la thématique présente des caractéristiques variables en fonction de la situation géographique, de la taille et de la composition de la population de la collectivité publique considérée. Ces circonstances exigent des cantons et des communes une politique d'intégration sur mesure.

Conférence Tripartite sur les Agglomérations, Avenir de la politique suisse d'intégration des étrangers. Rapport et

La migration soi-disant de « couche supérieure » est le fruit de la politique entamée en Suisse depuis la fin des années 1980.

- a) Seulement en partie, parce que cette immigration est également due à la présence du travail saisonnier.
- b) Faux.
- c) Vrai.
- d) On ne sait pas.

Quesito 8 Domanda B - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

Depuis quelques années, on constate une augmentation de l'immigration des étrangers bien qualifiés en Suisse. Le tournant voulu politiquement depuis la fin des années 1980 – passage de l'ancienne politique accueillant travailleurs étrangers et saisonniers à une politique d'immigration sélective – semble accompli.

Cette migration soi-disant de « couche supérieure » comporte cependant en soi de nouveaux défis pour la politique d'intégration, notamment pour le système éducatif, la qualité de vie et d'habitation ou l'environnement politique et culturel. Les immigrés hautement qualifiés ont en règle générale plus de compétences et aussi plus de ressources pour s'organiser eux-mêmes. Néanmoins, il convient de ne pas sous-estimer leur besoin en informations sur leur nouvel espace de vie et de travail. L'immigration de couche supérieure déclenche aussi – comme le prouve les récents débats sur l'immigration en provenance d'Allemagne – des ressentiments exactement à l'instar de l'immigration de travailleurs étrangers peu qualifiés, en particulier chez les personnes qui se sentent elles-mêmes menacées par des processus de déclassement social. Dans ce contexte, la politique d'intégration des étrangers acquiert une dimension sociétale.

Malgré l'émergence de cette « nouvelle immigration » dans les débats publics, il convient de souligner qu'il y a toujours encore une main d'œuvre peu qualifiée qui entre en Suisse, en provenance des pays UE/AELE, via le regroupement familial ou encore via la procédure d'asile. La politique d'intégration se voit dès lors confrontée à une hétérogénéité de fait. La réalité de l'intégration se présente différemment dans chaque canton, chaque ville et chaque commune, de sorte que la thématique présente des caractéristiques variables en fonction de la situation géographique, de la taille et de la composition de la population de la collectivité publique considérée. Ces circonstances exigent des cantons et des communes une politique d'intégration sur mesure.

Conférence Tripartite sur les Agglomérations, Avenir de la politique suisse d'intégration des étrangers. Rapport et recommandations de la CTA du 29 juin 2009, p. 7.

Pourquoi la politique d'intégration des étrangers acquiert-elle une dimension sociétale aujourd'hui ?

- a) Parce qu'elle doit faire face au ressentiment des travailleurs qui sont peu qualifiés.
- b) Parce qu'elle doit faire face au ressentiment et aux besoins des travailleurs peu qualifiés.
- c) Parce qu'elle doit faire face aux besoins des immigrés hautement qualifiés et que cette nouvelle immigration peut provoquer des ressentiments.
- d) Parce qu'elle doit faire face aux exigences des immigrés hautement qualifiés et de ceux qui sont peu qualifiés.

Quesito 8 Domanda C - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

Depuis quelques années, on constate une augmentation de l'immigration des étrangers bien qualifiés en Suisse. Le tournant voulu politiquement depuis la fin des années 1980 – passage de l'ancienne politique accueillant travailleurs étrangers et saisonniers à une politique d'immigration sélective – semble accompli. Cette migration soi-disant de « couche supérieure » comporte cependant en soi de nouveaux défis pour la politique d'intégration, notamment pour le système éducatif, la qualité de vie et d'habitation ou l'environnement politique et culturel. Les immigrés hautement qualifiés ont en règle générale plus de compétences et aussi plus de ressources pour s'organiser eux-mêmes. Néanmoins, il convient de ne pas sous-estimer leur besoin en informations sur leur nouvel espace de vie et de travail. L'immigration de couche supérieure déclenche aussi – comme le prouve les récents débats sur l'immigration en provenance d'Allemagne – des ressentiments exactement à l'instar de l'immigration de travailleurs étrangers peu qualifiés, en particulier chez les personnes qui se sentent elles-mêmes menacées par des processus de déclassement social. Dans ce contexte, la politique d'intégration des étrangers acquiert une dimension sociétale.

Malgré l'émergence de cette « nouvelle immigration » dans les débats publics, il convient de souligner qu'il y a toujours encore une main d'œuvre peu qualifiée qui entre en Suisse, en provenance des pays UE/AELE, via le regroupement familial ou encore via la procédure d'asile. La politique d'intégration se voit dès lors confrontée à une hétérogénéité de fait. La réalité de l'intégration se présente différemment dans chaque canton, chaque ville et chaque commune, de sorte que la thématique présente des caractéristiques variables en fonction de la situation géographique, de la taille et de la composition de la population de la collectivité publique considérée. Ces circonstances exigent des cantons et des communes une politique d'intégration sur mesure.

Conférence Tripartite sur les Agglomérations, Avenir de la politique suisse d'intégration des étrangers. Rapport et recommandations de la CTA du 29 juin 2009, p. 7.

Actuellement, la politique d'immigration suisse est :

- a) accueillante.
- b) accomplie.
- c) saisonnière.
- d) sélective.

Quesito 8 Domanda D - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

Depuis quelques années, on constate une augmentation de l'immigration des étrangers bien qualifiés en Suisse. Le tournant voulu politiquement depuis la fin des années 1980 – passage de l'ancienne politique accueillant travailleurs étrangers et saisonniers à une politique d'immigration sélective – semble accompli. Cette migration soi-disant de « couche supérieure » comporte cependant en soi de nouveaux défis pour la politique d'intégration, notamment pour le système éducatif, la qualité de vie et d'habitation ou l'environnement politique et culturel. Les immigrés hautement qualifiés ont en règle générale plus de compétences et aussi plus de ressources pour s'organiser eux-mêmes. Néanmoins, il convient de ne pas sous-estimer leur besoin en informations sur leur nouvel espace de vie et de travail. L'immigration de couche supérieure déclenche aussi – comme le prouve les récents débats sur l'immigration en provenance d'Allemagne – des ressentiments exactement à l'instar de l'immigration de travailleurs étrangers peu qualifiés, en particulier chez les personnes qui se sentent elles-mêmes menacées par des processus de déclassement social. Dans ce contexte, la politique d'intégration des étrangers acquiert une dimension sociétale.

Malgré l'émergence de cette « nouvelle immigration » dans les débats publics, il convient de souligner qu'il y a toujours encore une main d'œuvre peu qualifiée qui entre en Suisse, en provenance des pays UE/AELE, via le regroupement familial ou encore via la procédure d'asile. La politique d'intégration se voit dès lors confrontée à une hétérogénéité de fait. La réalité de l'intégration se présente différemment dans chaque canton, chaque ville et chaque commune, de sorte que la thématique présente des caractéristiques variables en fonction de la situation géographique, de la taille et de la composition de la population de la collectivité publique considérée. Ces circonstances exigent des cantons et des communes une politique d'intégration sur mesure.

Le débat public suisse actuel porte sur :

- a) La main d'œuvre peu qualifiée qui entre en Suisse.
- b) Le regroupement familial des immigrés.
- c) L'immigration en Allemagne.
- d) L'émergence de la « nouvelle immigration ».

Quesito 8 Domanda E - Lisez attentivement le texte et répondez aux questions suivantes en cochant la bonne réponse :

Depuis quelques années, on constate une augmentation de l'immigration des étrangers bien qualifiés en Suisse. Le tournant voulu politiquement depuis la fin des années 1980 – passage de l'ancienne politique accueillant travailleurs étrangers et saisonniers à une politique d'immigration sélective – semble accompli. Cette migration soi-disant de « couche supérieure » comporte cependant en soi de nouveaux défis pour la politique d'intégration, notamment pour le système éducatif, la qualité de vie et d'habitation ou l'environnement politique et culturel. Les immigrés hautement qualifiés ont en règle générale plus de compétences et aussi plus de ressources pour s'organiser eux-mêmes. Néanmoins, il convient de ne pas sous-estimer leur besoin en informations sur leur nouvel espace de vie et de travail. L'immigration de couche supérieure déclenche aussi – comme le prouve les récents débats sur l'immigration en provenance d'Allemagne – des ressentiments exactement à l'instar de l'immigration de travailleurs étrangers peu qualifiés, en particulier chez les personnes qui se sentent elles-mêmes menacées par des processus de déclassement social. Dans ce contexte, la politique d'intégration des étrangers acquiert une dimension sociétale. Malgré l'émergence de cette « nouvelle immigration » dans les débats publics, il convient de souligner qu'il y a toujours encore une main d'œuvre peu qualifiée qui entre en Suisse, en provenance des pays UE/AELE, via le regroupement familial ou encore via la procédure d'asile. La politique d'intégration se voit dès lors confrontée à une hétérogénéité de fait. La réalité de l'intégration se présente différemment dans chaque canton, chaque ville et chaque commune, de sorte que la thématique présente des caractéristiques variables en fonction de la situation géographique, de la taille et de la composition de la population de la collectivité publique considérée. Ces circonstances exigent des cantons et des communes une politique d'intégration sur mesure.

Conférence Tripartite sur les Agglomérations, Avenir de la politique suisse d'intégration des étrangers. Rapport et recommandations de la CTA du 29 juin 2009, p. 7.

Quelle est la raison qui justifie la nécessité d'une « intégration sur mesure » de la part des cantons et des communes suisses ?

- a) L'émergence d'une nouvelle immigration.
- b) La présence d'une collectivité publique variée.
- c) La présence d'une immigration en provenance des pays UE/AELE, via le regroupement familial.
- d) La présence d'une immigration très hétérogène.